

# **EU-Mercosur- Abkommen ante portas?**

**Warum eine Ratifizierung  
verhindert werden sollte**

# Impressum

---

## EU-Mercosur-Abkommen ante portas? Warum eine Ratifizierung verhindert werden sollte

### Herausgeber

#### **Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.**

Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Telefon +49 (0)30 65211 0

info@brot-fuer-die-welt.de, [www.brot-fuer-die-welt.de](http://www.brot-fuer-die-welt.de)

#### **Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.**

Mozartstraße 9, 52064 Aachen

Telefon +49 (0)241 442 0

info@misereor.de, [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

#### **PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Weltwirtschaft e.V.**

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Telefon +49 30 420 85 295

info@power-shift.de, [www.power-shift.de](http://www.power-shift.de)

---

### Autor

Thomas Fritz

### Redaktion

Bettina Müller, Sven Hilbig, Armin Paasch

### Design & Layout

Tilla Balzer-Nadolny | buk.design

### Titelbild

photo-graphe/Pixabay

<https://pixabay.com/photos/wildfire-bushfire-flames-fire-7085630/>

Berlin/Aachen Juli 2025

Alle Links in den Endnoten wurden am 30.6.2025 auf Gültigkeit überprüft.

## Zusammenfassung

Im Dezember 2024 verkündete die Europäische Kommission, sie habe eine politische Einigung über ein Handelsabkommen mit dem Mercosur erzielt. Dem südamerikanischen Staatenbund, mit dem die EU 25 Jahre über diesen Vertrag verhandelt hat, gehören Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an. Im Sommer 2025 will die Kommission den politischen Prozess zur Ratifizierung des Abkommens einleiten. Doch welche Risiken birgt dieses Abkommen? Auf diese Frage gibt die vorliegende Publikation Antworten.

Viele Befürworter\*innen in Europa betrachten das Abkommen mit dem Mercosur als einen wichtigen Baustein für die EU, um sich in der verschärften geopolitischen Konkurrenz und im US-Handelskrieg zu behaupten. Die wachsende Bedeutung Chinas auf dem Mercosur-Markt betrachten sie dabei als eine besondere Bedrohung für die EU, im Hinblick sowohl auf die Rohstoffversorgung als auch auf die Sicherung von Absatzmärkten. In diesem Diskurs geraten die sozialen und ökologischen Folgen der angestrebten Handelsliberalisierung jedoch ebenso aus dem Blick wie die Bedürfnisse der Menschen im Mercosur. Denn für die Entwicklungsperspektiven der Mercosur-Staaten sind die existierenden Handelsbeziehungen zur EU ähnlich problematisch wie die zu China. Gegenüber beiden Handelspartnern befinden sich die Mercosur-Staaten in der Doppelrolle des Rohstofflieferanten und Abnehmers von Industriewaren. Das Handelsabkommen mit der EU droht diese ungleichen Handelsbeziehungen und die damit einhergehenden sozial-ökologischen Risiken sogar noch zu verstärken.

- Die vereinbarten Liberalisierungen des Agrarhandels erhöhen den Druck auf die sensiblen Ökosysteme im Mercosur. Der Abbau der noch bestehenden Handelsschranken für den Soja-Komplex und die zollbegünstigten Quoten für Rindfleisch und Ethanol unterstützen die anhaltende Expansion der Agrarfront in tropischen Wäldern, Savannen und Feuchtgebieten. Zugleich befeuern sie die grassierenden Landkonflikte, deren Opfer zumeist lokale Gemeinschaften und indigene Gruppen sind. Gerade der Schutz indigener Territorien wäre jedoch ein wirksames Mittel, um großflächige Abholzungen, etwa in der Amazonas-Region, zu vermeiden. Für die europäische Landwirtschaft wiederum ist vor allem die vereinbarte Rindfleisch-Quote eine veritable Bedrohung, die zur Verdrängung artgerecht



**Protest gegen das EU-Handelsabkommen mit dem Mercosur beim Marsch der brasilianischen Landarbeiterinnen 2023 in Brasília.**

Foto: Carolina Colorio/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil

produzierender Viehbetriebe im Premiumsegment des Rindfleischhandels führen kann – ein Risiko, das die Europäische Kommission zu Unrecht verharmlost.

- Durch den Zollabbau auf Chemikalien fördert das Abkommen den Handel mit hochgiftigen Pestiziden, die europäische Firmen in den Mercosur exportieren. Ein Teil der Pestizidwirkstoffe ist im EU-Binnenmarkt nicht zugelassen, wird aber dennoch exportiert. Neben den Umweltschäden durch die massive Ausbringung von Pestiziden sind vor allem Feldarbeiter\*innen und Anwohner\*innen von Plantagen durch die Pestizideinsätze erheblichen Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Durch die Agrarexporte des Mercosur finden die Pestizide teils ihren Weg zurück nach Europa, nun in der Form von Rückständen, die vor allem bei „Pestizid-Cocktails“ die Gesundheit von Verbraucher\*innen gefährden.

- Mittels der vereinbarten Zollsenkungen auf bergbauliche Rohstoffe erhöht die EU durchaus ihre Versorgungssicherheit. Die Mercosur-Staaten jedoch verlieren durch das grundsätzliche Verbot von Exportsteuern ein wichtiges industriepolitisches Instrument, um lokale Wertschöpfung in der Weiterverarbeitung von Rohstoffen zu fördern. Die Ausnahmen, die

sie sich in diesem Bereich vorbehalten, sind zu eng, um auch in der Zukunft über ausreichende Gestaltungsspielräume zu verfügen. Einen schmerzhaften Verlust riskieren sie etwa im Bereich des Elektroschrotts, den sie derzeit noch in großen Mengen in die EU exportieren, statt ihn vor Ort zu recyceln.

- Der vereinbarte Zollabbau im Industriebereich droht das wirtschaftliche Gefälle zwischen der EU und dem Mercosur noch zu vertiefen. Die verarbeitende Industrie im Mercosur gerät voraussichtlich unter verstärkten Wettbewerbsdruck durch EU-Anbieter, der sich in empfindlichen Beschäftigungsverlusten niederschlagen kann. Die offizielle Folgenabschätzung der EU-Kommission prognostiziert in diesem Zusammenhang einen massiven Zuwachs beim EU-Export von Industriegütern in den Mercosur, dem nur ein minimales Export-Wachstum auf Seiten des Mercosur gegenübersteht.

- Im Zuge der Nachverhandlungen des Abkommens in den Jahren 2023 und 2024 kam es zu einer empfindlichen Schwächung der Umwelt- und Menschenrechtsklauseln des Abkommens. Diese Rückschritte gehen zum einen auf den neuen Anhang zum Nachhaltigkeitskapitel zurück, der Mercosur-Behörden direkte Einflussmöglichkeiten bei der Prüfung unternehmerischer Sorgfaltspflichten durch EU-Institutionen einräumt. Darüber hinaus erlaubt ein neu eingeführter Ausgleichsmechanismus den Mercosur-Staaten, sogar Kompensationen einzuklagen, wenn ihre Exporteure durch EU-Gesetze wie die Entwaldungsverordnung oder die Lieferkettenrichtlinie Exporteinbußen fürchten. Mit diesem Mechanismus können diverse Maßnahmen des europäischen Green Deal unterminiert werden, selbst wenn sie nicht gegen das Handelsabkommen verstoßen. Sanktionen drohen damit nicht gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, sondern im Gegenteil gegen Nachhaltigkeitsregeln.

- Angesichts des breiten Widerstands gegen das EU-Mercosur-Abkommen plant die Kommission die Abspaltung des Handelsteils vom politischen Teil des Vertrags. Der Handelsteil könnte so in einem beschleunigten Verfahren nach der Zustimmung durch den Rat und das EU-Parlament vorläufig in Kraft gesetzt werden. Die nationale Mitratifizierung hingegen – die das Verfahren auf unbestimmte Zeit verlängern könnte – würde auf diese Weise umgangen. Dieses sogenannte *Splitting* ist

jedoch aus rechtlichen und demokratischen Erwägungen überaus fragwürdig und dürfte die Legitimität der EU-Handelspolitik weiter untergraben. Zudem besteht die Gefahr, dass die sogenannte *“essential elements”*-Klausel, die grundsätzlich Sanktionen bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte oder das Pariser Klimaschutzabkommen erlaubt, ebenfalls abgespalten und nicht vorläufig angewendet würde. Zwar ist diese Klausel nur sehr schwer aktivierbar, gleichwohl würde das Abkommen bei ihrer Abspaltung noch defizitärer.

- Aufgrund der erheblichen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Risiken sollte das EU-Mercosur nicht unterzeichnet und ratifiziert werden. Stattdessen bräuchte es eine Nachverhandlung, die die EU-Mercosur-Beziehungen auf eine zukunftsfähige Basis stellt, um die ungleichen Handelsbeziehungen zu überwinden und ihre sozial-ökologischen Risiken zu minimieren.

# Inhalt

---

<b>Impressum</b> . . . . .	<b>2</b>
<b>Zusammenfassung</b> . . . . .	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b> . . . . .	<b>6</b>
<b>2. Wettlauf mit China: Der ungleiche Handel zwischen der EU und dem Mercosur.</b> . . . . .	<b>7</b>
<b>3. Soja, Rinder, Ethanol: Die Risiken des Agrarhandels</b> . . . . .	<b>10</b>
Sojahandel . . . . .	10
Rindfleischhandel. . . . .	13
Handel mit Bioethanol und Zucker . . . . .	14
<b>4. Booster für die Chemieindustrie: Die Ankurbelung des Pestizidhandels</b> . . . . .	<b>16</b>
<b>5. Extraktivismus statt Wertschöpfung: Liberalisierter Rohstoffhandel</b> . . . . .	<b>20</b>
<b>6. Vertiefung der ökonomischen Kluft: Abbau der Industriezölle</b> . . . . .	<b>24</b>
<b>7. Rückschritte: Umwelt- und Menschenrechtsklauseln weiter geschwächt.</b> . . . . .	<b>26</b>
<b>8. Stresstest für die Demokratie: Das Ratifizierungsverfahren und seine Risiken</b> . . . . .	<b>31</b>
<b>Endnoten</b> . . . . .	<b>34</b>
<b>Bildnachweise</b> . . . . .	<b>37</b>

# 1. Einleitung

Seit 1999 schon verhandelt die EU über ein Assoziierungsabkommen mit dem Mercosur, das aus zwei Teilen bestehen soll: einem Handelsteil und einem Teil zu politischem Dialog und Kooperation. Nachdem die Kommission bereits im Juli 2019 den Abschluss der Verhandlungen zum Handelsteil verkündet hatte, kamen die Gespräche jedoch erneut zum Stillstand. Vor allem aufgrund der Politik des rechtsextremen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, unter dem es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und hoher Entwaldung kam, geriet das Abkommen in die Kritik von Regierungen und Zivilgesellschaft in der EU. Erst nach dem Regierungswechsel in Brasilien, der im Januar 2023 zur Ablösung Bolsonaros durch den Sozialdemokraten Lula da Silva führte, sah die Kommission eine erneute Chance, das Abkommen zum Abschluss zu bringen. Nach positiven Signalen seitens Brasiliens begannen 2023 Nachverhandlungen des Vertragsentwurfs, die am 6. Dezember 2024 offiziell beendet wurden. Im Sommer 2025 will die Kommission den politischen Prozess zur Ratifizierung des Abkommens einleiten.

Die Nachverhandlungen 2023/24 führten zwar zu einigen Neuerungen gegenüber dem Entwurf von 2019, jedoch nicht zu der geforderten Stärkung der ohnehin schwachen und kaum

durchsetzbaren Nachhaltigkeitsstandards des Abkommens. Im Gegenteil: Die hier vorgelegte Analyse zeigt, dass einige der Neuerungen zu weiteren, teils gravierenden Verschlechterungen für den Umweltschutz und die Menschenrechte führen können. Vor allem das staatliche Recht auf Regulierung würde deutlich geschwächt, sollte das Abkommen ratifiziert werden.

Die fragwürdigen Ergebnisse der Nachverhandlung bestärken zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Kritik an dem Abkommen, die sie schon seit vielen Jahren vorgebracht haben. In zahlreichen Studien und Stellungnahmen haben Nichtregierungsorganisationen, Hilfswerke, Gewerkschaften und Agrarverbände in Europa und Südamerika auf die Risiken des Abkommens hingewiesen. Auch mehrere Regierungen in der EU hegen Vorbehalte gegenüber dem Abkommen und wollen die Ratifizierung im Rat der EU verhindern, darunter Frankreich, Polen und Irland. Doch welche Risiken verbinden die Kritiker\*innen mit dem Abkommen? Welche Befürchtungen haben sie, sollte es in Kraft gesetzt werden? Und inwieweit vergrößern die Neuerungen aus den Nachverhandlungen die Risiken des Abkommens? Auf diese Fragen gibt die vorliegende Publikation Antworten.

6

## Box 1:

### Geschichte des EU-Mercosur-Abkommens

Im September 1999 erteilte der Rat der EU der Europäischen Kommission das Mandat zur Verhandlung eines Assoziierungsabkommens mit dem Mercosur. Die Verhandlungsrichtlinien wurden nie offiziell veröffentlicht, doch sickerte eine französische Version des Mandats durch.<sup>1</sup> Danach sollte das Abkommen aus mehreren Teilen bestehen: Handel, politischer Dialog und Kooperation. Die Ende 1999 begonnenen Verhandlungen zogen sich jedoch über 25 Jahre hin. Aufgrund von Konflikten kam es wiederholt zu Unterbrechungen. Im Juni 2019 schließlich – nach 38 Verhandlungsrunden – verkündete die Kommission eine politische Einigung über den Handelsteil des Abkommens,<sup>2</sup> im Juni 2020 zum politischen Teil.<sup>3</sup> Seither gerieten die Verhandlungen jedoch abermals ins Stocken. Einige EU-Staaten, darunter Frankreich, Irland und

Österreich, verlangten umweltpolitische Zusicherungen aufgrund der hohen Entwaldungsraten und zahlreicher Angriffe auf indigene Gemeinschaften unter dem ehemaligen brasilianischen Präsidenten Bolsonaro.<sup>4</sup> Die Mercosur-Regierungen wiederum forderten Kompensationen für mögliche Exporteinbußen durch neue EU-Regelungen wie die Entwaldungsverordnung. Am 6. Dezember 2024 schließlich verkündete die Europäische Kommission erneut eine politische Einigung mit dem Mercosur.<sup>5</sup> Den angestrebten Vertrag bezeichnete sie nicht mehr als Assoziierungs-, sondern als Partnerschaftsabkommen. Um den Ratifizierungsprozess einzuleiten, will sie im Sommer 2025 die Dokumente für den Abschluss dieses Abkommens an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament übermitteln.

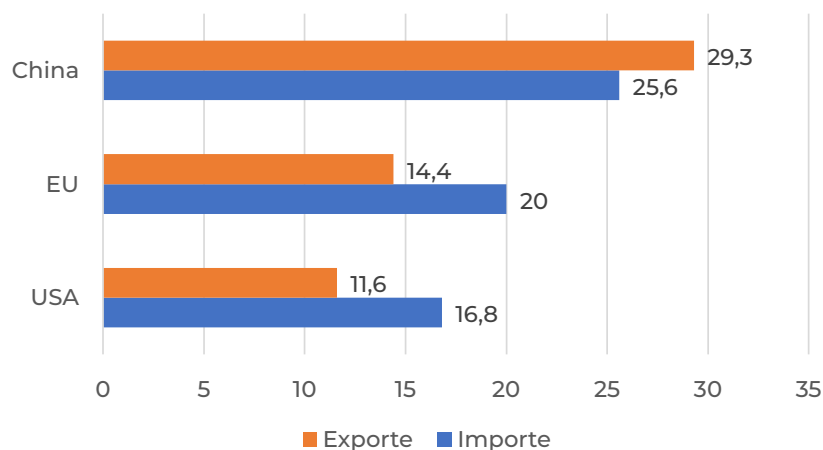
## 2. Wettlauf mit China: Der ungleiche Handel zwischen der EU und dem Mercosur

Zentrales handelspolitisches Ziel der Europäischen Kommission ist es, die Exporte europäischer Unternehmen zu steigern und die Versorgung der europäischen Wirtschaft mit kritischen Rohstoffen und Zwischenprodukten sicherzustellen. Diesem Ziel dient auch das von ihr angestrebte Abkommen mit dem Mercosur. Auf den Märkten der vier Mercosur-Staaten treffen EU-Konzerne dabei vor allem auf die Konkurrenz aus den USA und China (siehe Grafik 1).

Rund ein Viertel der gesamten Güterimporte der Mercosur-Staaten entfallen mittlerweile auf chinesische Waren, ein Fünftel auf EU-Waren und knapp 17 Prozent auf US-Waren. Als Exportdestination ist China für Mercosur-Hersteller sogar noch bedeutender. Fast 30 Prozent ihrer gesamten Exporte liefern sie an das Reich der Mitte, nur rund 14 Prozent in die EU.

**Grafik 1: Die Top-3 Handelspartner des Mercosur in 2023**

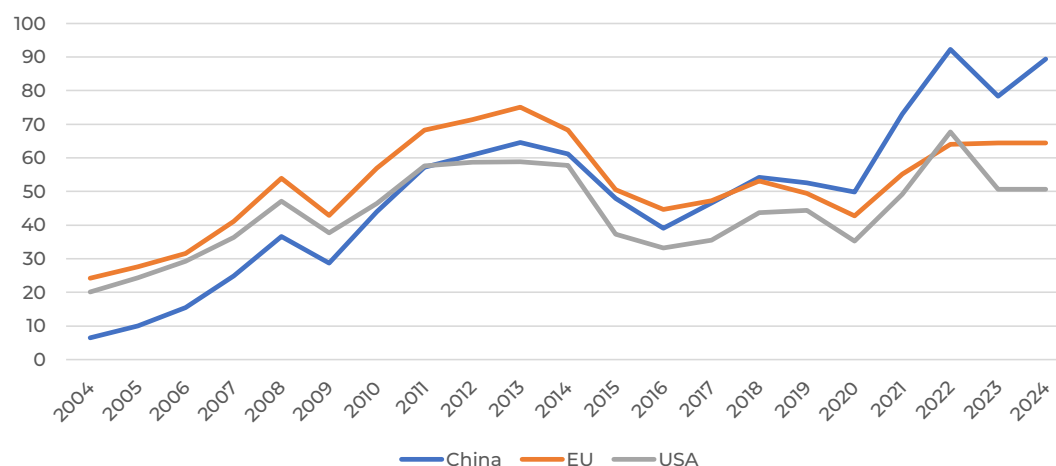
in % der gesamten Ex- und Importe



Eigene Darstellung, Quelle: DG Trade 2024

**Grafik 2: Mercosur: Importe aus China, EU, USA 2004-2024**

in Milliarden US-Dollar



Eigene Darstellung, Quelle: ALADI 2025



**Demonstration der brasilianischen Landlosenbewegung gegen das Agrobusiness, 13.3.2025 Guaíba**

Foto: Mai Yandara/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil

Dies war nicht immer so. Bis zum Jahr 2017 stammte der größte Teil der Mercosur-Importe aus der EU. Erst seit 2018 liefen chinesische Unternehmen der europäischen Konkurrenz den Rang ab (siehe Grafik 2).

Doch spätestens seit 2017 wurde China auch zum wichtigsten Absatzmarkt für Mercosur-Waren. (siehe Grafik 3). Der Wert der Waren, den Mercosur-Unternehmen dorthin exportieren konnten, hat sich in den letzten Jahren sogar noch deutlich erhöht. Mittlerweile verkaufen sie wertmäßig fast doppelt so viele Güter in China wie in der EU.

Diese Entwicklung hat in wirtschaftsnahen Kreisen in Deutschland und in der EU zu einer Diskussion geführt, die mitunter alarmistische Züge annimmt. So betrachten auch deutsche Wirtschaftswissenschaftler\*innen die gewachsene Bedeutung Chinas im Mercosur als Bedrohung für die EU, der diese mit dem Abschluss des Handelsabkommens begegnen sollte. Das Mitglied des Sachverständigenrats für Wirtschaft, Veronika Grimm, etwa warnt, „ohne das Abkommen überlassen wir China diesen Raum“.<sup>6</sup> Auch Rolf Langhammer, Forscher am Kieler Institut für Weltwirtschaft, sorgt sich darüber, „wie Europa geoökonomisch an Boden verliert und China ihn gewinnt“. Seine Forderung: „Um im geoökonomischen Kräftemessen mit den von Donald Trump geführten USA und

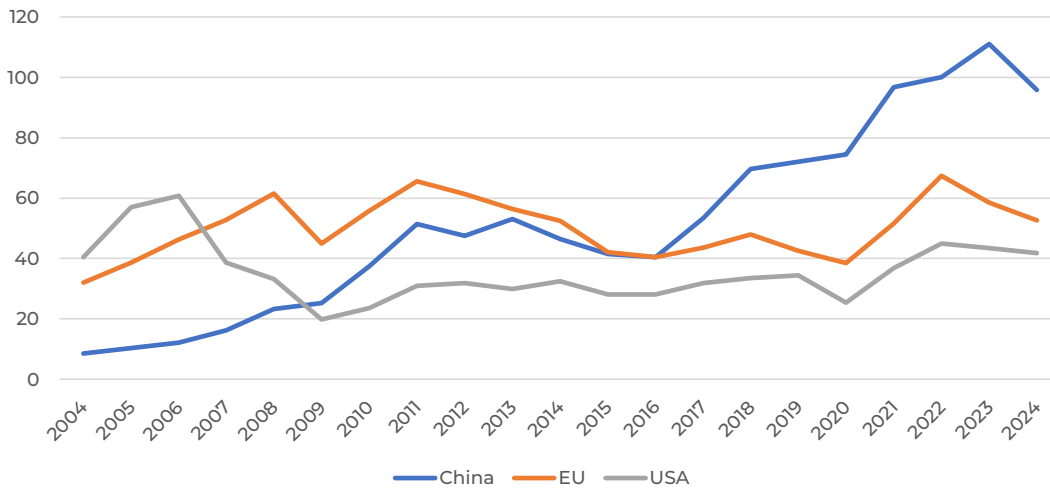
China zu bestehen, muss Europa jetzt alles daransetzen, mit Mercosur zu einem erfolgreichen Vertragsabschluss zu kommen.“<sup>7</sup> Samina Sultan, Ökonomin am Institut der deutschen Wirtschaft, betrachtet Chinas Expansion im Mercosur ebenfalls als Bedrohung und hofft, „dass das neue Freihandelsabkommen diese Entwicklung zumindest wieder abbremst und die EU China so nicht das Feld überlässt.“<sup>8</sup>

Doch in einer nüchternen Betrachtung erscheint der Umstand, dass China einen größeren Anteil am Mercosur-Handel errungen hat, wenig überraschend, verfügt es mit einer Bevölkerung von 1,4 Milliarden Menschen und dank seiner Erfolge bei der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung über ein deutlich größeres Angebots- und Nachfragepotential als die EU mit ihren 450 Millionen Menschen. Nicht ersichtlich ist auch, warum europäische Unternehmen ohne das Handelsabkommen „China den Raum überlassen“ würden. Warum sollten sie den Mercosur-Markt aufgeben, solange sie dort profitable Geschäfte machen können? Schließlich konnten sowohl EU- als auch chinesische Firmen ihre große Präsenz auf dem Mercosur-Markt auch ohne Handelsabkommen erringen.

Das zentrale Problem dieser Diskussion aber ist: Sie geht an den Bedürfnissen in den Mercosur-Ländern vorbei. Denn Grund zu ernsthafter

**Grafik 3: Mercosur: Exporte nach China, EU, USA 2004-2024**

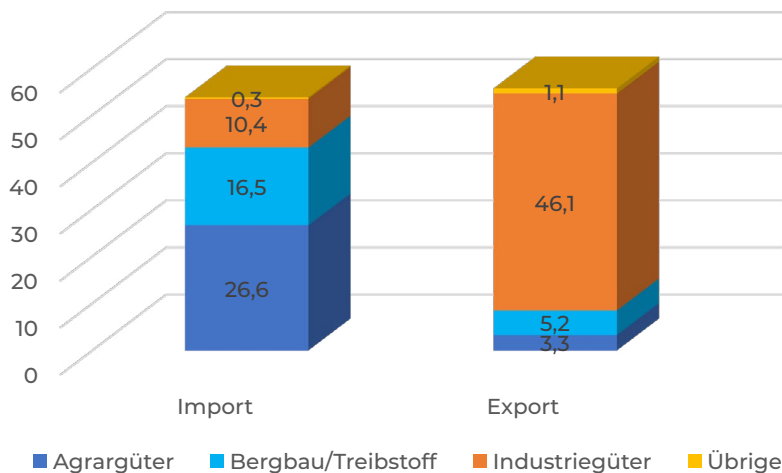
in Milliarden US-Dollar



Eigene Darstellung, Quelle: ALADI 2025

**Grafik 4: EU-Güterhandel mit dem Mercosur 2023**

in Mrd. €



Eigene Darstellung, Quelle: DG Trade 2024

Sorge haben weniger die Europäer\*innen, sondern die Menschen im Mercosur: Die Austauschverhältnisse mit den beiden wichtigen Handelspartnern – EU und China – sind gleichermaßen problematisch für die Entwicklungsaussichten des südamerikanischen Verbunds. Nach China exportiert der Mercosur hauptsächlich Agrargüter, Roh- und Treibstoffe und importiert von dort ein breites Spektrum an Industriegütern.<sup>9</sup> Dieselbe Unwucht weisen die Handelsbeziehungen zur EU auf. Über 80 Prozent der Mercosur-Exporte in die EU entfallen auf Primärgüter des Agrar- und Rohstoffsektors. Aus der EU hingegen importiert der Mercosur zu rund 83 Prozent Industriewaren (siehe Grafik 4).

Die kritische Frage für Menschen im Mercosur, die am wirtschaftlichen Fortschritt und am Wohlergehen ihrer Länder interessiert sind, ist daher: Wird das Abkommen mit der EU diese überaus nachteilige Handelsstruktur überwinden oder zementieren? Wird die zunehmende Gefährdung ihrer einzigartigen Ökosysteme, ihrer Wälder, Flüsse und Seen durch das Handelsabkommen zu- oder abnehmen? Auf diese Fragen, die auch die Zivilgesellschaft in Europa beschäftigt, werden im Folgenden einige Antworten gegeben.

### 3. Soja, Rinder, Ethanol: Die Risiken des Agrarhandels

Bei den EU-Importen aus dem Mercosur machen Agrargüter wertmäßig den größten Posten aus. Zugleich werden mit ihnen auch die größten Risiken des Handelsabkommens verbunden – im Hinblick auf Umweltbelastungen, Waldverlust, Menschen- und Arbeitsrechte.

Das mit Abstand wichtigste Agrarprodukt, das die EU aus dem Mercosur importiert, ist Soja. Weitere wertmäßig bedeutsame Agrarimporte sind Kaffee, Früchte, Säfte, Fleisch und Getreide (siehe Grafik 5).

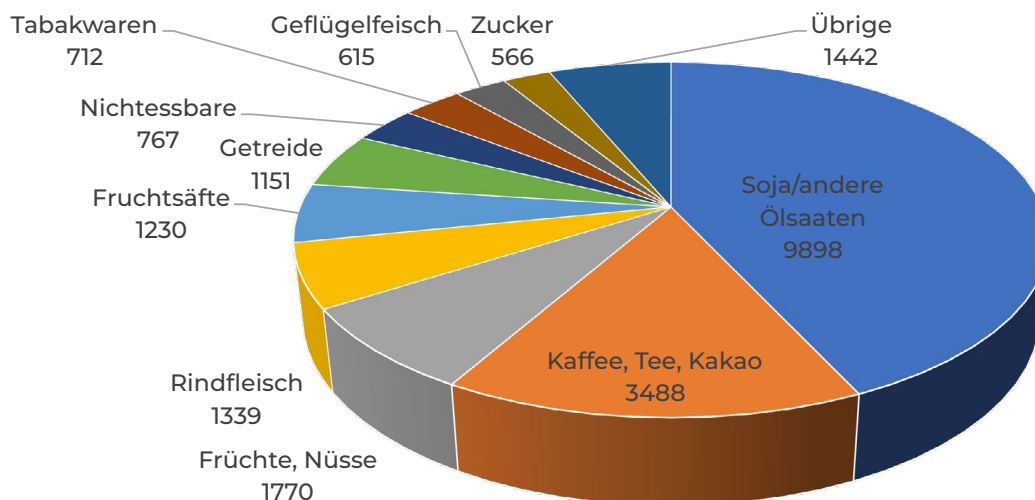
#### Sojahandel

Das wichtigste Produkt Soja steht zugleich für die erheblichen ökologischen und sozialen Risiken dieses Abkommens. Aus dem Mercosur importiert die EU dabei sowohl Sojabohnen als auch dessen weiterverarbeitete Produkte: Sojaschrot, Sojaöl und Biodiesel aus Sojaöl. Das Sojaschrot dient hauptsächlich als proteinreiches Futtermittel in der industriellen Viehwirtschaft, vor allem bei der Fütterung von Geflügel, Schweinen und in geringerem Maße Rindern. Zwar sind Sojabohnen und Sojaschrot in der EU bereits zollfrei, das Abkommen schreibt jedoch weitere Erleichterungen für den Sojakomplex vor:

- Argentinien verpflichtet sich, die Exportsteuer auf Soja – diese lag 2024 noch bei 33 Prozent – fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens auf 18 Prozent zu senken, nach 10 Jahren auf 14 Prozent.
- Die EU beseitigt über vier Jahre schrittweise die Einfuhrzölle auf Sojaöl. Diese belaufen sich je nach Verarbeitungsgrad und Verwendungszweck derzeit auf 3,2 bis 9,6 Prozent.
- Die EU beseitigt über 10 Jahre schrittweise den Einfuhrzoll auf Biodiesel, der sich auf 6,5 Prozent beläuft. Zusätzlich räumt sie Paraguay eine zollfreie Importquote über 50.000 Tonnen Biodiesel ein.
- Hinzu kommen mehrere zollbegünstigte Quoten für den Handel mit tierischen Produkten wie Rindfleisch, Schweinefleisch, Hühnerfleisch, Eier, Milchpulver und Käse, bei deren Produktion große Mengen Sojaschrot als Tierfutter verwendet werden.

Die Sojaexpansion ist jedoch ein anhaltender Grund für Landkonflikte und die fortschreitende Entwaldung in den Mercosur-Staaten, vor allem Argentinien, Brasilien und Paraguay.

**Grafik 5: EU-Agrarimporte aus dem Mercosur 2023**  
in Millionen €



Eigene Darstellung, Quelle: DG AGRI 2024

## Grafik 6: Expansion des Sojaanbaus im Mercosur 2001-2023

in Millionen €, Quelle: DG AGRI 2024



Quelle: Global Land Analysis and Discovery (GLAD), Interactive Map.

In gelben Gebieten erfolgt der Sojaanbau bereits seit den früheren Jahren des Zeitraums 2001-2023, in roten Gebieten erst in den späteren Jahren. Die roten Flächen markieren insofern die jüngsten Expansionsgebiete.

In Argentinien weiten sich Sojaplantagen ausgehend von der zentralen Pampa-Region vor allem in die westlichen und nördlichen Provinzen des Landes aus. In Paraguay konzentriert sich der Sojaanbau im Osten des Landes, wo er zu zahlreichen Landkonflikten führte (siehe Box 2). Die Plantagen expandieren jedoch auch gen Westen in die semi-aride Region des Chacos. In Brasilien verbreiten sich Sojaplantagen in unverändertem Tempo in allen Anbaugebieten des Landes, sei es im Süden, in der Mitte oder im Norden.

Vor allem Brasilien verzeichnet dabei ein seit 25 Jahren anhaltendes Wachstum der Soja-Produktion und der Anbauflächen. Die Anbauflächen haben sich seit dem Jahr 2000 mehr als verdreifacht. In der Saison 2024/25 belegten

Sojafelder eine Fläche von 47,5 Millionen Hektar – das entspricht annähernd der Größe von Deutschland und Griechenland zusammen (siehe Grafik 7).

Besonders besorgniserregend ist dieses Wachstum, weil die sojabedingte Entwaldung in wertvollen Ökosystemen stattfindet, die eine zentrale Funktion für den Klimaschutz ausüben. Die großflächigsten Rodungen für die Gewinnung von Sojafeldern finden in der artenreichen Trockenwaldregion Cerrado im mittleren Westen Brasiliens statt. Erhebliche Waldverluste verursachen Sojafelder daneben in den Regenwaldgebieten Amazoniens im Norden Brasiliens, vor allem im Bundesstaat Pará, wie auch im südlichen Bundesstaat Rio Grande do Sul (siehe Grafik 8).

## Box 2:

### Sojaexpansion und Menschenrechtsverletzungen in Paraguay

In Paraguay ist Soja die mit Abstand dominante Ackerkultur des Agrobusiness. Sie wird auf 3,5 Millionen Hektar von insgesamt 5,8 Millionen Hektar Agrarfläche in Monokultur angebaut und geht nahezu ausschließlich in den Export. Multinationale Getreidehändler verschiffen die Ernten zu meist nach Argentinien, von wo sie hauptsächlich nach Europa exportiert werden.<sup>10</sup> Aufgrund der riesigen Anbaufläche ist die Soja-Produktion auch eine der wesentlichen Ursachen von Landkonflikten und Ernährungsunsicherheit.

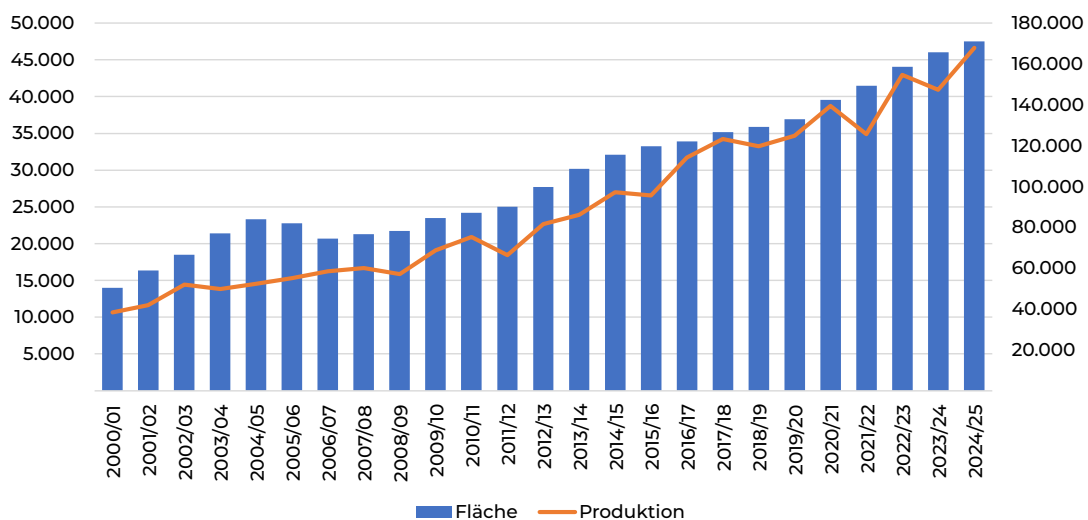
Plantagenbetreiber\*innen versuchen über Mittelsmänner, ihre Anbauflächen durch teils illegalen Aufkauf von Landnutzungsrechten (sogenannte „derecheras“) auszuweiten. Diese Landnutzungsrechte stehen jedoch nur Begünstigten der Agrarreform zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass die Landreformbehörde INDERT immer wieder Eigentumstitel an Produzent\*innen vergibt, die nach dem Landreformprogramm nicht berechtigt sind. Teilweise sollen INDERT-Funktionär\*innen selbst an illegalen Landkäufen beteiligt sein. Aus Protest gegen diese Landnahme besetzen Kleinbäuer\*innen und Indigene daher oftmals Agrarflächen, die

mutmaßlich irregulär vergeben wurden. Um die Besetzungen aufzulösen, gehen staatliche und private Sicherheitskräfte häufig gewaltsam gegen die Aktivist\*innen vor.<sup>11</sup> Insgesamt zählt die Nichtregierungsorganisation BASE IS mindestens 15.500 Kleinbäuer\*innen, die bei Landkonflikten zwischen 2015 und 2024 meist gewaltsam vertrieben wurden. 13 Kleinbäuer\*innen wurden bei diesen Auseinandersetzungen umgebracht.<sup>12</sup>

Zugleich verliert die bäuerliche Landwirtschaft gegenüber dem exportorientierten Agrobusiness immer mehr an Boden, was zu wachsenden Importen von Grundnahrungsmitteln führt, die lokal herstellbar sind, etwa Kartoffeln, Zwiebeln oder Tomaten. Die bäuerliche Produktion findet nur noch auf fünf Prozent der Agrarfläche Paraguays statt, liefert aber fast die Hälfte der Nahrungsmittel für arme Bevölkerungsgruppen auf dem Land. Insgesamt leiden 25 Prozent der Haushalte unter Ernährungsunsicherheit. In ländlichen Gemeinden ist die Situation noch prekärer. In Gebieten mit starker Dominanz des Sojabusiness im Osten Paraguays betrifft die Ernährungsunsicherheit bis zu 37 Prozent der Haushalte.<sup>13</sup>

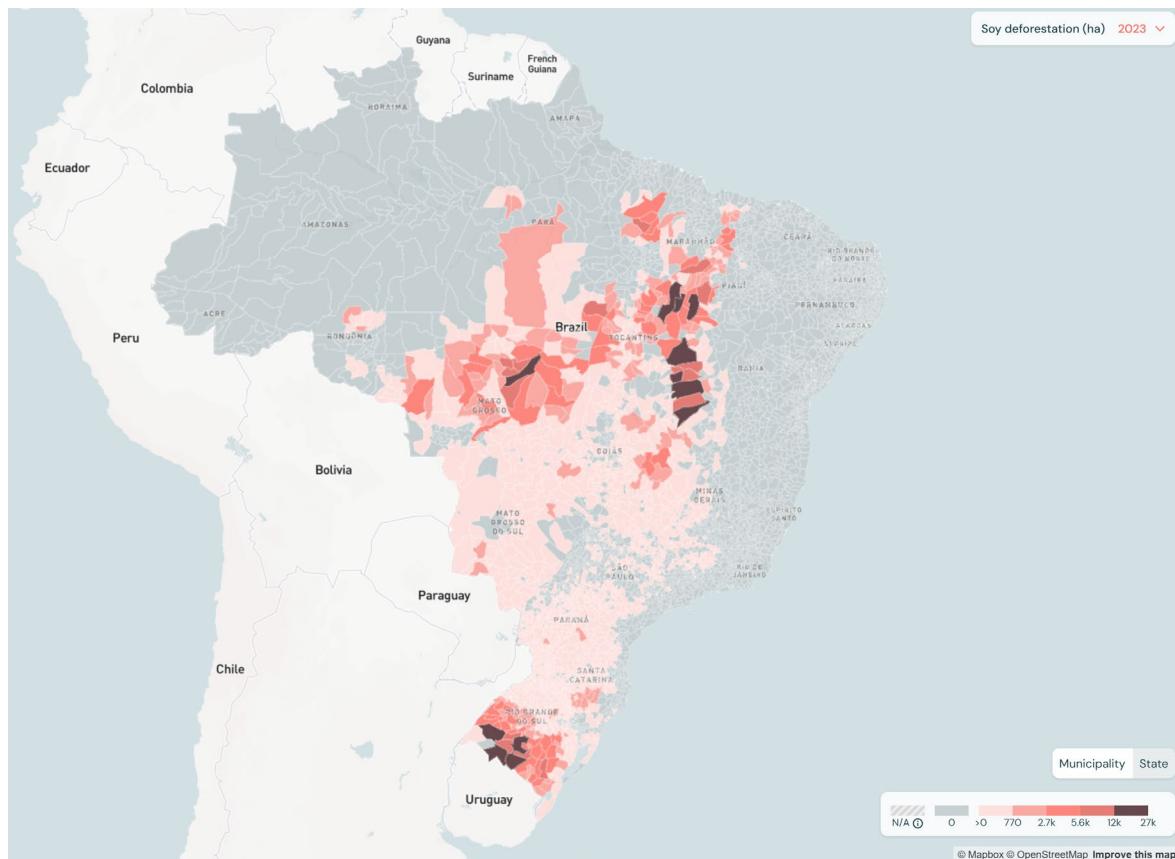
**Grafik 7: Brasilien: Soja-Fläche und -Produktion**

Fläche: 1000 ha, Produktion: 1000 t



Eigene Darstellung, Quelle: Conab 2025

**Grafik 8: Soja-bedingte Entwaldung in Brasilien, 1000 Hektar**



Quelle: Trase 2025, Interactive Map on Deforestation. Die soja-bedingte Entwaldung berechnet sich nach der Soja-Ernte im Jahr 2023, die auf Flächen erfolgte, die in den fünf vorhergehenden Jahren (d.h. 2018-2022) gerodet worden waren.

## Rindfleischhandel

Mit diversen Zollbegünstigungen für den Rinder-Komplex verstärkt das Abkommen die Expansion der Agrarfront in empfindliche Ökosysteme und indigene Territorien. Den Rinder- und Rindfleischhandel kurbelt es mit folgenden Regeln an:

- eine neue Quote über 99.000 Tonnen Rindfleisch (55.000 Tonnen frisches und gekühltes, 44.000 Tonnen gefrorenes Fleisch) mit einem begünstigten Zollsatz von 7,5 Prozent,
- eine Beseitigung des Zolls von 20 Prozent innerhalb der Quote für hochwertiges Rindfleisch (die sogenannte Hilton-Quote, die derzeit rund 45.000 Tonnen umfasst),
- die Beseitigung der Zölle von 16,6 Prozent auf gekochte Rindfleischzubereitungen (etwa Corned Beef).
- die schrittweise Beseitigung der Zölle auf Lebendvieh (10,2 Prozent + 93,1 Euro pro 100 kg) im Laufe von 10 Jahren.

Die Mercosur-Staaten, vor allem Brasilien, Argentinien und Uruguay, sind bereits jetzt die wichtigsten Rindfleisch-Lieferanten der EU. Im Jahr 2024 stammte über die Hälfte der EU-Importe von 380.000 Tonnen aus dem Mercosur.<sup>14</sup> Ein Teil davon wird unter verschiedenen bereits existierenden Zollquoten eingeführt, ein anderer Teil zu den deutlichen höheren Zollsätzen jenseits der Quoten. Diese Extra-Quoten-Importe werden bei einem Inkrafttreten des Abkommens teilweise zu dem niedrigeren Zollsatz unter der neuen Quote über 99.000 Tonnen erfolgen. Aus diesem Grund schätzt ein von der französischen Regierung beauftragtes Expert\*innenteam (Ambec-Komitee), dass die effektive Erhöhung der Rindfleisch-Importe aus dem Mercosur bei etwa 53.000 Tonnen liegen dürfte.<sup>15</sup> Die zusätzlichen Importe würden einen erheblichen Bedarf an weiteren Rinderweiden von rund 3,6 Millionen Hektar zur Folge haben.<sup>16</sup> Diese Fläche entspricht in etwa der Größe Baden-Württembergs.

Wird die im Handelsabkommen vereinbarte Zollquote für Rindfleischexporte in die EU ausgeschöpft, erhöht sich der Flächenbedarf für Rinderweiden im Mercosur um 3,6 Millionen Hektar. Diese Fläche entspricht ungefähr der Größe von Baden-Württemberg. Ein Großteil der Rinderweiden entsteht durch Rodungen in der Amazonas-Region.

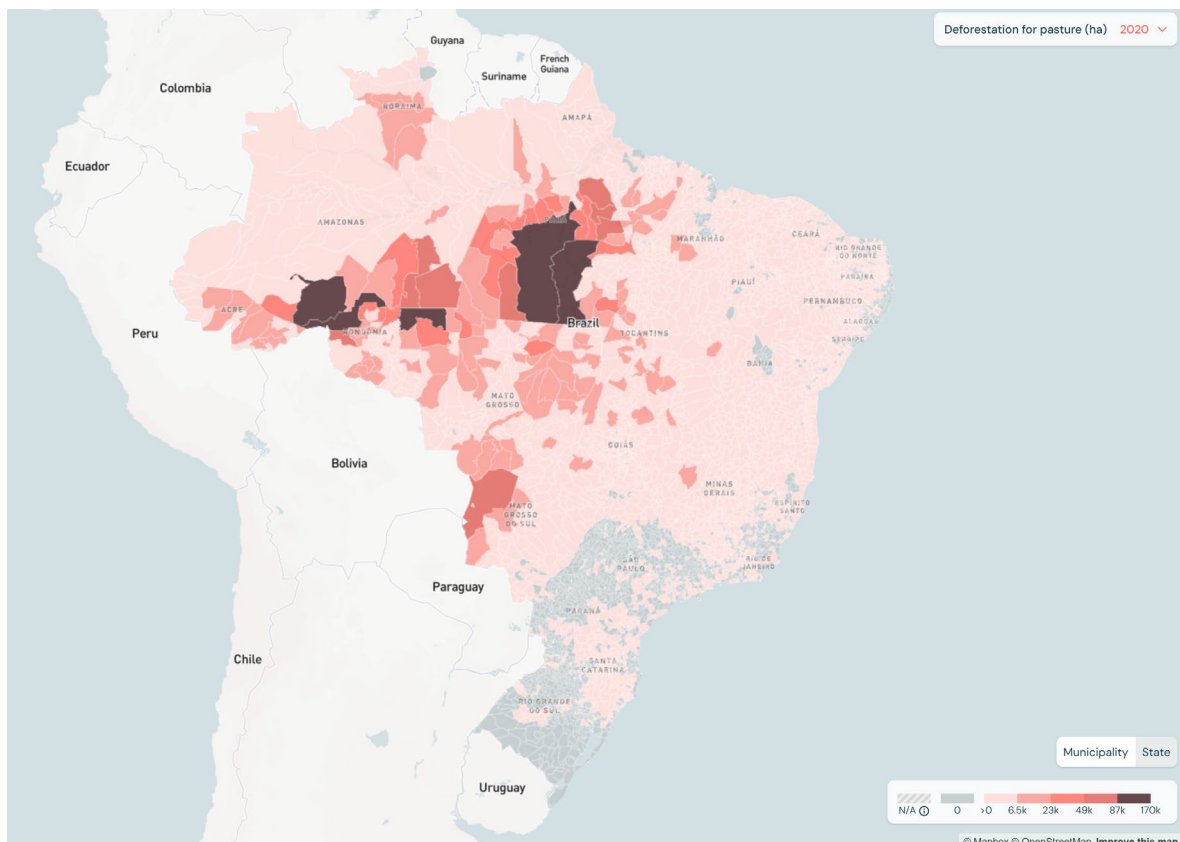
## Handel mit Bioethanol und Zucker

Zwei weitere zollbegünstigte Quoten der EU für Bioethanol und Zucker heizen ebenfalls den landwirtschaftlichen Flächenbedarf an. Brasilien gehört zu den drei Top-Lieferanten der EU von Bioethanol, das dort zu 90 Prozent aus Zuckerrohr und zu 10 Prozent aus Mais gewonnen wird. Daneben ist auch Paraguay ein wichtiger EU-Lieferant für Bioethanol. Brasilien konnte seine Bioethanol-Exporte in die EU massiv steigern, von 19 Millionen Liter in 2015 auf 374 Millionen Liter im Jahr 2023.<sup>17</sup> In der EU wird das Ethanol in der chemischen Industrie verwendet und als Treibstoff dem Benzin beigemischt (vermarktet als E5 oder E10).

Damit übt das Handelsabkommen massiven Druck auf die Erschließung zusätzlicher Weideflächen durch Rodungen von Primärwäldern aus. Diese Entwicklung ist besonders bedrohlich in Brasilien, wo die flächenmäßig größten Abholzungen zur Gewinnung von Rinderweiden im Amazonas-Regenwald stattfinden. Daneben ist auch das ökologisch sensible Feuchtgebiet des Pantanal im Südwesten Brasiliens an der Grenze zu Bolivien (Bundesstaaten Mato Grosso und Mato Grosso do Sul) zum Schauplatz massiver Rodungen zur Schaffung von Weideland geworden (siehe Grafik 9).

Dem Mercosur räumt die EU nun eine neue Bioethanol-Quote über insgesamt 650.000 Tonnen ein (450.000 Tonnen zollfrei für die Verwendung in der chemischen Industrie, 200.000 Tonnen zum Drittel des bisherigen Zollsatzes für Treibstoffzwecke). Die gesamte Quote (umgerechnet 823 Millionen Liter) entspricht mehr

**Grafik 9: Entwaldung für Weiden in Brasilien, 1000 Hektar**



Quelle: Trase 2025, Interactive Map on Deforestation. Die Entwaldung für Weiden berechnet sich nach der Rinderhaltung im Jahr 2020, die auf Flächen erfolgte, die in den fünf Jahren von 2016-2020 gerodet wurden.

als der doppelten Menge Bioethanol, die Brasilien zuletzt in die EU exportiert hat. Daneben erhält der Mercosur eine zollfreie Zucker-Quote über 180.000 Tonnen und Paraguay zusätzlich eine spezifische Zucker-Quote über 10.000 Tonnen. In der Region wird Zucker hauptsächlich aus Zuckerrohr gewonnen.

Doch der Export von Zucker und Bioethanol trägt ebenfalls zur Verschärfung der Flächenkonkurrenz bei. Bereits zwischen 2000 und 2013 verdoppelte sich in Brasilien die Anbaufläche von Zuckerrohr von fünf auf zehn Millionen Hektar – ein Wert, um den die Fläche seither schwankte.<sup>18</sup> Nach Berechnungen des EU-Forschungsdienstes könnte die Anbaufläche bis 2030 sogar auf 14,8 Millionen Hektar steigen. Die Bioethanolexporte seien dabei ein wichtiger Treiber. Ein Drittel der brasilianischen Bioethanolexporte könne bis 2030 in die EU gehen. Die zollbegünstigte Quote von 650.000 Tonnen würde dabei sogar noch überschritten werden.<sup>19</sup>



**Die andauernde Abholzung tropischer Wälder für das Agrobusiness ist ein Treiber der Klimakrise.**

Foto: richcarey, iStock

### Box 3:

## Rindfleischquote: Die irreführenden Beschwichtigungen der EU-Kommission

Die EU-Kommission behauptet, dass die dem Mercosur eingeräumte Rindfleisch-Quote über 99.000 Tonnen lediglich 1,6 Prozent der EU-Rindfleischproduktion entspreche, weswegen das Abkommen nur begrenzte Auswirkungen auf den EU-Markt habe.<sup>20</sup> Diese Aussage ist jedoch irreführend, da sie nicht das Produktsegment erfasst, auf dem die Konkurrenz stattfindet. Die Mercosur-Staaten exportieren zu einem großen Teil höherpreisige Edelteile des Rindes wie Lendenfleisch. In diesem Segment haben sie auf dem EU-Markt einen Anteil von – nach unterschiedlichen Schätzungen – 13 bis 15 Prozent.<sup>21</sup>

Das französische Institut d'Élevage (Idele) kalkuliert, dass aufgrund der durch das Abkommen stimulierten zusätzlichen Exporte der Mercosur-Anteil an diesem Premium-Segment auf 21 bis 26 Prozent bis 2030 steigen könnte. Aufgrund schwächerer

Regulierungen, niedrigerer Löhne und größerer Flächen haben die Viehbetriebe im Mercosur durchschnittlich 40 Prozent niedrigere Produktionskosten als europäische Betriebe. Brasilianische Rinderfarmen haben sogar um 60 Prozent niedrigere Kosten.<sup>22</sup>

Für europäische Viehhalter ist es daher kaum möglich, im Preiswettbewerb gegen die Mercosur-Konkurrenz zu bestehen – vor allem, wenn sie auch noch nachhaltige und artgerechte Extensivwirtschaft betreiben wollen. Da das Abkommen nicht die Anhebung der Produktionsstandards vorschreibt, sondern die Senkung der Importzölle, wächst der ohnehin große Preisvorteil der Mercosur-Farmen, so dass auch ihr Marktanteil in der EU weiter steigen könnte.

## 4. Booster für die Chemieindustrie: Die Ankurbelung des Pestizidhandels

Das Handelsabkommen sieht für über 90 Prozent der europäischen Chemikalien-Exporte, einschließlich von Pestiziden, die Streichung von Zöllen vor. Diese haben bisher bis zu 18 Prozent betragen. Viele der Pestizidwirkstoffe, die europäische Firmen in den Mercosur exportieren, sind hochgiftig. Ein Teil davon ist im EU-Binnenmarkt nicht zugelassen, darf aber dennoch hier produziert und exportiert werden. Zu diesen in der EU nicht zugelassenen, aber in den Mercosur exportierten Pestizidwirkstoffen zählen etwa das Fungizid Carben-dazim, das das Erbgut schädigen kann, oder die Insektizide Imidacloprid und Fipronil, die

u.a. für das Bienensterben verantwortlich sind. 2023 verfügten etwa 63 Prozent der in Brasilien zugelassenen Pestizidwirkstoffe über keine korrespondierende Zulassung in der EU.<sup>23</sup>

Die Pestizide vergiften die Umwelt, die Wasservorkommen und Tausende Menschen, die sie auf Feldern ausbringen oder die besprühten Lebensmittel konsumieren. Zu den oft vergessenen Opfern gehören auch die Bewohner\*innen von Siedlungen am Rande von Plantagen, die aus der Luft per Flugzeug oder Drohnen besprüht werden (siehe Box 4 und 5).

### Box 4:

#### OECD-Beschwerde gegen Bayer AG

Im April 2024 reichten sechs zivilgesellschaftliche Organisationen aus Argentinien, Brasilien, Paraguay, Bolivien und Deutschland, darunter Misereor, eine Beschwerde gegen die Bayer AG bei der deutschen Kontaktstelle der OECD ein. Ihr Vorwurf: Bayer habe mit seinem Geschäftsmodell unternehmerische Sorgfaltspflichten in Südamerika missachtet und damit gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen verstoßen. Die Bayer AG ist in den vier südamerikanischen Ländern führend in der Vermarktung von gentechnisch verändertem Soja-Saatgut und den dazu passenden Pestiziden, darunter das Herbizid Glyphosat. Die beschwerdeführenden Organisationen dokumentieren anhand von vier Fällen, welche Gesundheitsschäden lokale Gemeinden am Rande von Sojaplantagen durch Pestizidbesprühungen erlitten haben und wie die natürlichen Lebensgrundlagen indigener Dörfer – Flüsse, Quellen, Tiere, Lebensmittel – durch Bayers Agrarchemikalien vergiftet wurden.<sup>24</sup>

Die Organisationen reichten ihre Beschwerde bei der OECD-Kontaktstelle ein, weil die OECD-Leitsätze – im Unterschied zum deutschen Lieferkettengesetz – auch die sogenannte nachgelagerte Lieferkette erfassen. Daher fallen auch der Verkauf, die Nutzung und die Entsorgung von Produkten unter die Sorgfaltspflichten der

OECD-Leitsätze, die multinationale Unternehmen befolgen müssen. Sorgfaltspflichten für die nachgelagerte Lieferkette sind besonders wichtig, um die unternehmerische Verantwortung beim Verkauf und Export riskanter Produkte wie hochgiftigen Pestiziden durchsetzen zu können.

Das Handelsabkommen, wie es jetzt präsentiert wurde, wird jedoch keinen positiven Beitrag zur Durchsetzung unternehmerischer Sorgfaltspflichten leisten. Im Gegenteil: Es könnte die Unternehmensverantwortung sogar schwächen. Zwar enthält das Nachhaltigkeitskapitel in seinem Artikel 11 eine Klausel über das „verantwortungsvolle Management von Lieferketten“. Mangels Zugang zum Streitschlichtungsverfahren ist das Kapitel jedoch kaum durchsetzbar. Zudem verpflichtet der Artikel die Vertragspartner lediglich dazu, die Verbreitung und Anwendung internationaler Leitlinien zur Unternehmensverantwortung zu unterstützen.<sup>25</sup> Deren effektive Durchsetzung ist jedoch nicht Teil der Verpflichtungen. Diese Schwäche kann sich als problematisch erweisen, da Lieferkettengesetze, wie sie in Frankreich (2017), Deutschland (2023) und der EU (2024) in Kraft getreten sind, durch den 2024 neu in das Abkommen aufgenommenen Ausgleichsmechanismus unterlaufen werden könnten (siehe Kapitel 7).



Landarbeiter\*innen gehen beim Pestizideinsatz erhebliche Gesundheitsrisiken ein. Foto: wuzefe, Pixabay

Zudem vergiften sich alljährlich viele Tausend Landarbeiter\*innen an den Pestiziden im Mercosur. Nach Daten des brasilianischen Gesundheitsministeriums vergifteten sich allein in Brasilien zwischen 2010 und 2022 über 82.000 Menschen durch direkten Kontakt mit Pestiziden und 2.659 starben daran.<sup>26</sup> Da viele Vergiftungen nicht gemeldet werden, ist die Dunkelziffer jedoch um ein Vielfaches höher.<sup>27</sup>

Die Pestizid-Rückstände in den besprühten Lebensmitteln bedrohen potenziell die Gesundheit von Verbraucher\*innen im Mercosur, der EU und anderen Abnehmerländern. Stichproben-Untersuchungen weisen immer wieder nicht nur einzelne hochgiftige Pestizidwirkstoffe in Importware wie Früchten, Gemüse und Getreide nach, sondern gleich mehrere Wirkstoffe. Die Mehrfachbelastungen durch regelrechte „Pestizidcocktails“ werden bei der Bestimmung zulässiger Rückstandshöchstwerte jedoch nicht berücksichtigt. Denn die Grenzwerte auch in der EU beziehen sich nur auf einen einzelnen isolierten Wirkstoff. Die möglichen Folgen von Wechselwirkungen mehrerer Pestizidwirkstoffe in einzelnen Lebensmitteln werden jedoch kaum erforscht und daher auch nicht bei der Festlegung von Grenzwerten berücksichtigt.<sup>28</sup>

#### Box 5:

### Landkonflikte: Pestizide als chemische Waffe

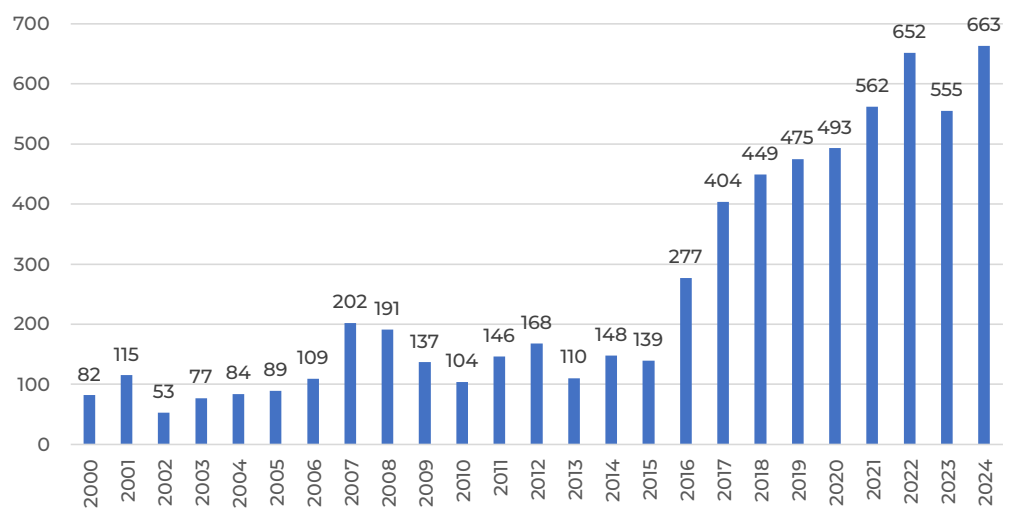
Die christliche Landpastorale CPT (Comissão Pastoral da Terra) dokumentiert in Brasilien seit einiger Zeit ein erschreckendes Phänomen, das gerade im vergangenen Jahr noch massiv zugenommen hat: den gezielten Einsatz von Pestiziden bei Landkonflikten. Nach den Untersuchungen der CPT setzen verschiedene Akteure und Handlanger des Agrobusiness immer häufiger Pestizide gegen Indigene, Kleinbäuer\*innen oder lokale Gemeinschaften ein, die sich gegen Landraub und Vertreibung zur Wehr setzen. Im Jahr 2024 zählte die CPT 276 Fälle, bei denen Pestizide als chemische Waffe bei der gewaltsamen Aneignung von Land zum Einsatz kamen. Über 17.000 Familien wurden bei diesen Landkonflikten Opfer von Besprühungen.<sup>29</sup>

Eine Untersuchung von brasilianischen Limetten, die in Supermärkten in acht EU-Ländern, darunter Österreich und Deutschland, gesammelt wurden, ermittelte etwa, dass 51 von 52 Proben Pestizidrückstände mit insgesamt 27 verschiedenen Wirkstoffen enthielten. 48 der Proben wiesen mehrere Wirkstoffe auf, teils bis zu sieben verschiedene in einer Limettenprobe. Über die Hälfte der identifizierten Wirkstoffe ist hochgiftig; sechs davon sind in der EU nicht zugelassen. Drei der Wirkstoffe – Imidacloprid, Cypermethrin und Glyphosat – finden

sich in Pestizid-Produkten, die die deutschen Chemie-Konzerne Bayer und BASF in Brasilien verkaufen.<sup>30</sup>

Die Chemie-Konzerne profitieren dabei davon, dass Brasilien nicht nur der weltweit größte Verbraucher von Pestiziden ist, sondern alljährlich sehr große Mengen an Pestizidprodukten neu zulässt. Die Zulassungszahlen sind seit 2016 massiv angestiegen und haben sich bis 2024 mehr als verdoppelt (siehe Grafik 10).

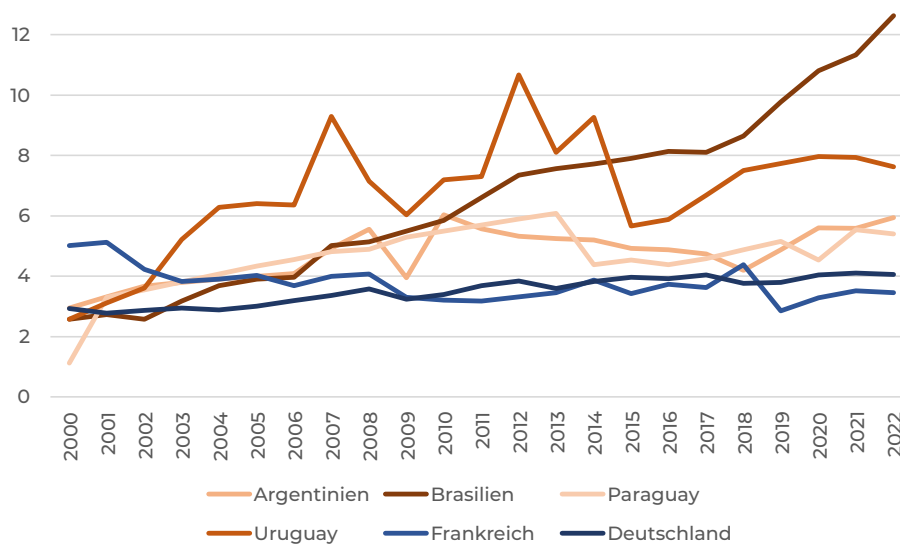
**Grafik 10: Brasilien: Jährliche Zulassung von Pestiziden**



Eigene Darstellung, Quelle: Ministério da Agricultura, Pecuária e Abastecimento 2025

**Grafik 11: Pestizideinsatz Mercosur, Frankreich, Deutschland**

Kilogramm pro Hektar Ackerfläche



Eigene Darstellung, Quelle: FAOSTAT 2025

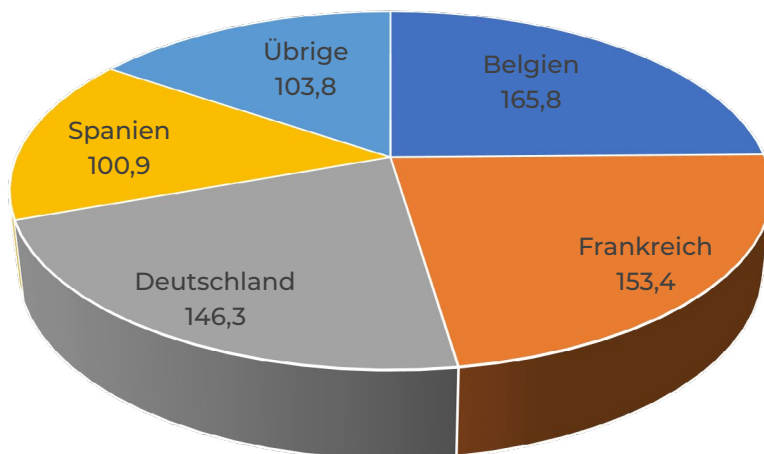
Das spiegelt sich im Pestizidverbrauch wider. Dieser ist in Brasilien über die letzten Jahrzehnte nicht nur in absoluten Mengen gewachsen, sondern auch bezogen auf die Ackerfläche. Versprühten Brasiliens Betriebe im Jahr 2000 noch 2,6 Kilogramm Pestizide pro Hektar Ackerfläche, kletterte dieser Wert auf 12,6 Kilogramm im Jahr 2022 – rund eine Verfünffachung (siehe Grafik 11).

Auch die übrigen Mercosur-Staaten – und hier vor allem Uruguay – setzen deutlich höhere Pestizidmengen ein als EU-Länder wie Frankreich oder Deutschland. Gegenüber deutschen und französischen Agrarbetrieben versprühen die Landwirt\*innen in Uruguay rund doppelt so hohe, die in Brasilien dreimal so hohe Pestizidmengen pro Hektar Ackerfläche.

Durch die vereinbarte Zollbeseitigung auf Pestizide wird das EU-Mercosur-Abkommen die möglichen Gewinnspannen für die europäischen Pestizidhersteller erhöhen und den Handel mit diesen für Mensch und Umwelt gefährlichen Produkten weiter ankurbeln. Im Jahr 2024 exportierten EU-Konzerne bereits Pestizide im Wert von 670 Millionen Euro in den Mercosur, der Großteil davon aus Belgien, Frankreich, Deutschland und Spanien (Grafik 12).<sup>31</sup>

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Handelsabkommen die industrielle Intensivlandwirtschaft mit Monokulturen, hohem Pestizideinsatz und großen Umwelt- und Gesundheitsschäden forciert. Während multinationale Agrarunternehmen ihre Gewinne aufgrund der Zollsenkungen erhöhen können, verbleiben die Kosten für die Bewältigung und Beseitigung all dieser Schäden bei der öffentlichen Hand. Das Handelsabkommen bietet keine wirksamen Maßnahmen, um diesen Teufelskreis aus privatem Gewinnstreben und Kostenabwälzung zu Lasten der Allgemeinheit zu durchbrechen.

**Grafik 12: EU-Pestizidexporte in den Mercosur 2024**  
in Millionen Euro



Eigene Darstellung, Quelle: Eurostat 2025

## 5. Extraktivismus statt Wertschöpfung: Liberalisierter Rohstoffhandel

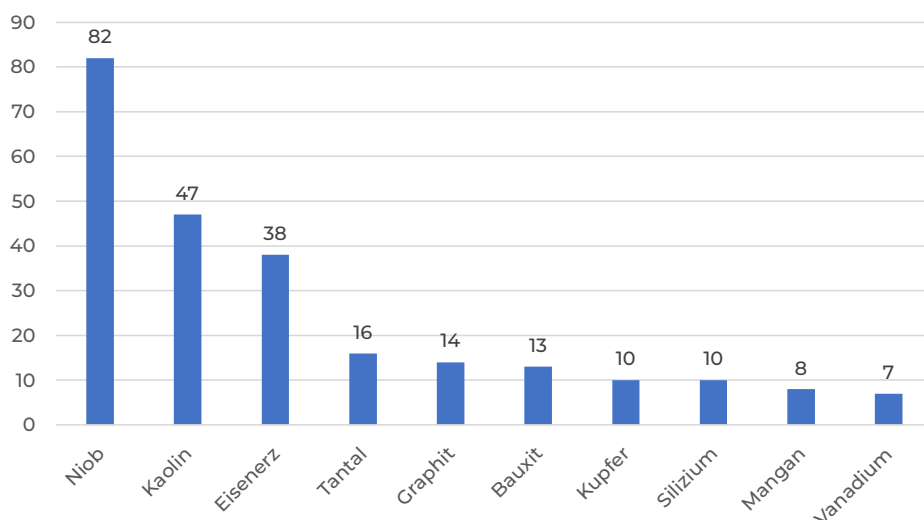
Die Sicherung der europäischen Rohstoffversorgung gehört zu den zentralen Zielen der Europäischen Kommission, die sie auch mit dem EU-Mercosur-Abkommen durchzusetzen versucht. Die Mercosur-Staaten – und hier vor allem Brasilien und Argentinien – sind wichtige Lieferanten von Bergbauprodukten, darunter mehrere Rohstoffe, die die EU als kritisch für ihre Versorgung einstuft, wie Niob, Bauxit, Lithium und Silizium. In manchen Fällen besteht eine vergleichsweise hohe Abhängigkeit

der EU von den Mercosur-Lieferanten, etwa bei Niob, Kaolin und Eisenerz aus Brasilien oder Silber aus Argentinien (siehe Grafiken 13 und 14).<sup>32</sup>

Die größte Abhängigkeit besteht beim seltenen Schwermetall Niob, das bei der Herstellung von besonders festem Spezialstahl eingesetzt wird. 82 Prozent des europäischen Niob-Bedarfs deckt die EU durch Importe aus Brasilien ab. Wertmäßig die bedeutsamsten Rohstoffe, die die EU aus Brasilien einführt, sind

**Grafik 13: EU-Rohstoffimporte aus Brasilien 2016-2020**

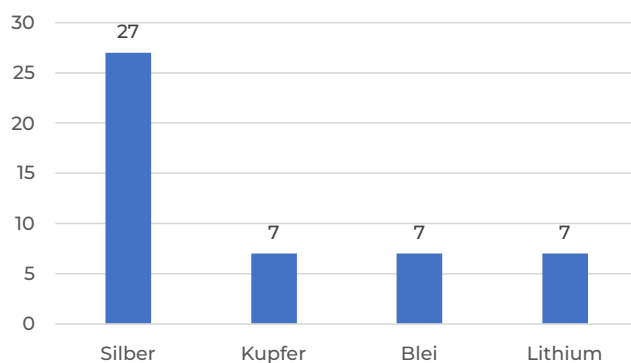
Prozent-Anteil an EU-Importen



Eigene Darstellung, Quelle: SCRREEN 2023

**Grafik 14: EU-Rohstoffimporte aus Argentinien 2016-2020**

Prozent-Anteil an EU-Importen



Eigene Darstellung, Quelle: SCRREEN 2023

jedoch – neben Rohöl – vor allem Eisenerz und Kupfer. Im Zeitraum 2020-2024 importierte die EU pro Jahr Eisenerz im Wert von durchschnittlich 2,3 Milliarden Euro und Kupfer im Wert von 2,1 Milliarden Euro.<sup>33</sup>

Argentiniens Rohstoffexporte spielen für die EU bisher noch eine geringere Rolle, mit Ausnahme von Silber. In den vergangenen 15 Jahren importierte die EU pro Jahr Silber und Silbererz im Wert von durchschnittlich 74 Millionen Euro aus Argentinien.<sup>34</sup> Große Hoffnungen setzt die EU daneben auf künftige Lithium-Importe. Argentinien ist der weltweit fünftgrößte Lithiumproduzent. 62 Lithium-Projekte in unterschiedlichem Stadium sind dort registriert. Sechs Anlagen im nördlichen Hochland Argentiniens produzieren bereits, aus Salzseen fördern sie Lithium im Sole-Verdunstungsverfahren. Eine der Anlagen betreibt das französische Unternehmen Eramet in der Provinz Salta.<sup>35</sup> Im Zeitraum 2020-2024 importierte die EU pro Jahr argentinisches Lithiumcarbonat im Wert von durchschnittlich 15 Millionen Euro.<sup>36</sup>

Laut eines Factsheets der EU-Kommission erfüllt das Abkommen im Bereich des Rohstoffhandels vier Ziele<sup>37</sup>:

- Es sichert die EU-Versorgung mit kritischen Rohstoffen ab.
- Es verbilligt europäische Rohstoffimporte, senkt dadurch die Beschaffungskosten und erhöht die Wettbewerbsfähigkeit der EU.
- Es schafft Anreize für lokale Weiterverarbeitung und höhere Wertschöpfung im Mercosur.
- Es gewährleistet höchste Nachhaltigkeitsstandards bei Investitionen und Handel mit kritischen Rohstoffen.

Doch diese vermeintlichen Vorzüge der Rohstoffvereinbarungen stehen untereinander in einem Spannungsverhältnis und widersprechen sich teils. So verlangt die Gewährleistung höchster Nachhaltigkeitsstandards robuste Durchsetzungsverpflichtungen, die das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens aber nicht enthält (siehe Kapitel 7). Ebenso fragwürdig sind die möglichen Folgen einer Verbilligung der europäischen Rohstoffimporte. Denn diese erhöht die Attraktivität des Mercosur für EU-Firmen, die in die Expansion des dortigen Bergbaus investieren, und befeuert damit die in der Region grassierenden Bergbaukonflikte (siehe Box 6).

## Box 6:

### Argentinien: RIGI schürt Konflikte um den Bergbau

Indigene und lokale Gemeinschaften sehen mit großer Sorge auf das neue Anreizsystem für große Investitionen RIGI, das Argentiniens ultra-liberaler Präsident Milei 2024 per Dekret erlassen hat. Dieses räumt großen Investitionen über 200 Millionen US-Dollar steuerliche und regulatorische Erleichterungen ein, ohne die begünstigten Unternehmen an ökologische oder menschenrechtliche Sorgfaltspflichten zu binden. So genießen etwa im Fall von Wasserknappheit die unter RIGI begünstigten Unternehmen gegenüber der lokalen Bevölkerung Vorrang bei der Wasserversorgung.<sup>38</sup>

Die Rechte indigener Gemeinschaften werden in der argentinischen Bergbaupolitik dabei häufig missachtet. So erleichterte 2023 eine Verfassungsänderung in der Provinz Jujuy Bergbauprojekte und deren Wassernutzung auch auf indigenen Territorien, ohne die Betroffenen zuvor konsultiert zu haben. Dies aber war ein Verstoß gegen das international verbriefte Recht Indigener auf freie, vorherige und informierte Zustimmung bei der Nutzung ihrer Territorien. Die Proteste der indigenen Gemeinden gegen diese Verfassungsänderung haben argentinische Sicherheitskräfte gewaltsam niederschlagen. Die Gemeinden fürchten dabei vor allem eine Verschärfung der Wasserknappheit durch die wachsende Zahl an Projekten zur Ausbeutung von Lithium und anderen Rohstoffen.<sup>39</sup>



**Das Handelsabkommen verstärkt die Abhängigkeit der Mercosur-Länder von Rohstoffexporten. Eisenerzmine in Minas Gerais, Brasilien.** Foto: Hector Brasil, unsplash

Die angestrebte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der rohstoffverarbeitenden EU-Industrie erschwert wiederum den Aufbau lokaler Weiterverarbeitung und den Aufstieg von Mercosur-Firmen in höhere Wertschöpfungsstufen der Produktionsnetzwerke. Bei einer detaillierteren Betrachtung der rohstoffpolitischen Vereinbarungen des Abkommens treten diese Widersprüche noch deutlicher zutage.

In der Tat enthält das Abkommen zollpolitische Vereinbarungen, die die EU-Rohstoffversorgung absichern und verbilligen helfen. Viele Primärrohstoffe können zwar bereits zollfrei in die EU eingeführt werden (z.B. Eisenerz, Rohkupfer, Silber), andere wie Lithium, Blei und Zink jedoch nicht. Ebenso gibt es in der EU Zölle auf diverse in Raffinerien aus Rohstoffkonzentraten erzeugte Metalle wie Aluminium, Eisen- und Kupferprodukte. Auch die Mercosur-Länder erheben Zölle auf diverse Rohstoffe wie Lithium, Aluminium-, Kupfer und Bleiprodukte. Der Großteil dieser Zölle soll nun im Laufe von zehn Jahren (in der EU) oder 15 Jahren (im Mercosur) auslaufen. EU-Industriebetriebe und deren Niederlassungen im Mercosur können tatsächlich auf eine etwas günstigere Versorgung mit Rohstoffen und Metallen hoffen.

Im deutlichen Widerspruch zu der Behauptung, das Abkommen würde die lokale Wertschöpfung im Mercosur unterstützen, steht jedoch das grundsätzliche Verbot von jeglichen Steuern und Abgaben auf Exporte. Exportsteuern sind ein wichtiges Instrument, um die inländische Verfügbarkeit von Rohstoffen, Treibstoffen oder Lebensmitteln im Fall von Knappheiten

oder Preisinflation sicherzustellen. Sie können auch dazu dienen, die Versorgung der lokalen Wirtschaft mit kritischen Rohstoffen zu gewährleisten und damit die industrielle Entwicklung zu unterstützen. Erheben Regierungen Exportsteuern gezielt auf unverarbeitete Rohstoffe, setzen sie einen Anreiz, in die lokale Weiterverarbeitung dieser Rohstoffe zu investieren. Das Handelsabkommen jedoch schreibt vor, dass drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens keine Vertragspartei derartige Exportabgaben einführen oder aufrechterhalten darf – es sei denn, sie hat sich explizit diesbezügliche Ausnahmen vorbehalten.<sup>40</sup>

Dies aber ist das Problem. In den Nachverhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen hat sich nur die Regierung Lula für Brasilien das Recht vorbehalten, auf eine recht umfassende Liste von Primärrohstoffen, fossilen Brennstoffen sowie einigen weiterverarbeiteten Produkten Exportabgaben erheben zu dürfen. Dazu zählen auch zahlreiche Primärrohstoffe, die die EU für sich als „kritisch“ klassifiziert, wie Bauxit, Kupfer, Niob, Graphit, Silizium, Lithium, Mangan und andere.<sup>41</sup> Allerdings fehlen auf der brasilianischen Liste viele weiterverarbeitete Produkte aus Metallen wie Eisen, Kupfer, Nickel, Aluminium, Blei und Zink. Sollte es hier zu Knappheiten auf dem brasilianischen Markt kommen oder staatliche Finanzierungsbedarfe geben, dürfte Brasilien keine Steuern auf Exporte in die EU verhängen. Um die wirtschaftliche Entwicklung auch auf höheren Wertschöpfungsstufen abzusichern, wäre es jedoch klug, die Möglichkeit von Exportsteuern auch für weiterverarbeitete Produkte oder Sekundärrohstoffe zu bewahren.

Ein weiteres Zugeständnis an die EU schwächt die Wirksamkeit des brasilianischen Vorbehalts: Wenn Brasilien Exportsteuern erhebt, müssen diese Steuern bei Exporten in die EU einen 50-prozentigen Rabatt vorsehen und dürfen niemals mehr als 25 Prozent betragen. Angesichts der großen Preisschwankungen auf den Rohstoffmärkten, die auch auf den Binnenmärkten im Mercosur zu Preissprüngen und Knappheiten führen können, wird die Effektivität künftiger Exportsteuern deutlich verringert.

Eine weitere große Lücke des brasilianischen Vorbehalts: Er bezieht sich nicht auf die für Brasilien so wichtigen Agrarexporte. Dies aber könnte eine weitere Hürde etwa für den brasilianischen Bundesstaat Maranhão bedeuten, der 2025 gegen massiven Widerstand des Agrobusiness eine Exportsteuer von 1,8 Prozent auf Soja, Mais und Hirse eingeführt hat.<sup>42</sup> Diese Maßnahme würde jedoch ebenfalls gegen das Abkommen verstoßen, da Brasilien gänzlich auf die Möglichkeit von Exportsteuern im Agrarbereich verzichtet hat.

Noch weit geringer sind allerdings die Exportsteuer-Optionen der anderen Mercosur-Länder. Die argentinische Liste erfasst nur eine Reihe von Agrarprodukten, fossile Brennstoffe und Biodiesel, die Liste Uruguays nur Leder, und Paraguay hat überhaupt keine Liste unterbreitet.<sup>43</sup> Die Liste Argentiniens ist zudem nur von begrenztem Wert, da das Land sich zugleich verpflichtet hat, existierende Exportsteuern schrittweise zu beseitigen oder abzusenken. Zu beseitigen sind etwa die Exportsteuern auf mineralische Rohstoffe, darunter Gold, Silber, Lithium, die 2024 zwischen 4,5 und 8 Prozent betragen haben,<sup>44</sup> während die Exportzölle auf Soja und Biodiesel abgesenkt werden müssen (siehe Kapitel 3).

Damit verlieren alle Mercosur-Staaten Spielräume für eine souveräne Rohstoffpolitik. Nur das Ausmaß der verlorenen Steuerungsoptionen unterscheidet sich. Am größten ist dieser Verlust für Paraguay, Uruguay und Argentinien, etwas geringer für Brasilien. Sollten Argentiniens Pläne zum Aufbau einer Batterieindustrie fruchten<sup>45</sup> und die Regierung dafür die inländische Versorgung mit Lithium durch Exportsteuern sicherstellen wollen, könnte die EU dies als Verstoß gegen das Handelsabkommen ahnden. Ähnlich könnte sie gegen Brasilien vorgehen, sollte das Land beispielsweise Exportsteuern auf den stark nachgefragten Stahlschrott erheben, um die Versorgung der eigenen Elektrostahlwerke sicherzustellen.



**Argentinien und Brasilien exportieren wertvolle Sekundärrohstoffe in die EU, die in Elektroschrott enthalten sind.**

Foto: Nathan Cima, unsplash

Ein weiteres Defizit: Argentinien und Brasilien sind wichtige Exporteure von Sekundärrohstoffen, die in Elektroschrott wie Batterien oder Platinen enthalten sind. Doch im Handelsabkommen verzichten sie ebenfalls auf die Möglichkeit, Exportsteuern auf Elektroschrott zu erheben. Dies aber ist besonders kurzsichtig. Noch exportieren Argentinien und Brasilien den vorsortierten Elektroschrott, darunter große Mengen an Leiterplatten, in EU-Länder wie Belgien, die Niederlande und Deutschland, wo die enthaltenen Rohstoffe isoliert werden, darunter Kupfer, Gold, Silber, Palladium oder Kobalt. In Argentinien und Brasilien hingegen fehlen bisher die organisatorischen und technischen Voraussetzungen, um vor Ort die Rohstoffe aus dem Elektroschrott abzuscheiden.<sup>46</sup>

Das muss nicht so bleiben. In dem Maße, in dem auch in Argentinien und Brasilien die angestrebte Produktion von Elektroautos, Batteriezellen, Windrädern oder Solaranlagen zunimmt, wird auch die Nachfrage nach den dafür nötigen Rohstoffen steigen. Dafür bedarf es aber nicht nur ausreichender Lithium-Vorkommen, sondern auch weiterer Rohstoffe wie Kobalt, Nickel oder Mangan, die teils aus Elektroschrott wiedergewonnen werden können. Es wäre insofern im Interesse beider Länder gewesen, sich die Möglichkeit von Exportabgaben auf Elektroschrott vorzubehalten.

## 6. Vertiefung der ökonomischen Kluft: Abbau der Industriezölle



24

Der geplante Abbau der Industriezölle bedroht qualifizierte Arbeit in den Mercosur-Ländern.  
Foto: jannonivergall, pixabay

Aufgrund der für den Mercosur überaus problematischen Handelsbeziehungen zur EU, die stark durch Primärgüterexporte der südamerikanischen Partner geprägt sind, hätte das Handelsabkommen den Abbau dieses Ungleichgewichts ins Zentrum rücken müssen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Der vereinbarte Zollabbau verstärkt das wirtschaftliche Gefälle und schreibt den Status des Mercosur als Rohstoffexporteur der EU fest. Die verarbeitende Industrie im Mercosur gerät voraussichtlich unter verstärkten Wettbewerbsdruck durch EU-Anbieter, der sich in Beschäftigungsverlusten niederschlagen kann.

Die EU hat die industriellen Schlüsselsektoren identifiziert, in denen EU-Unternehmen bisher auf höhere Zölle im Mercosur stoßen. Hierzu gehören die Autoindustrie, der Maschinenbau, die Chemie- und Pharmaindustrie sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie (siehe Tabelle 1).

Im Handelsabkommen hat sich der Mercosur dazu verpflichtet, auf rund 91 Prozent der Produkte die Zölle schrittweise über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu beseitigen.

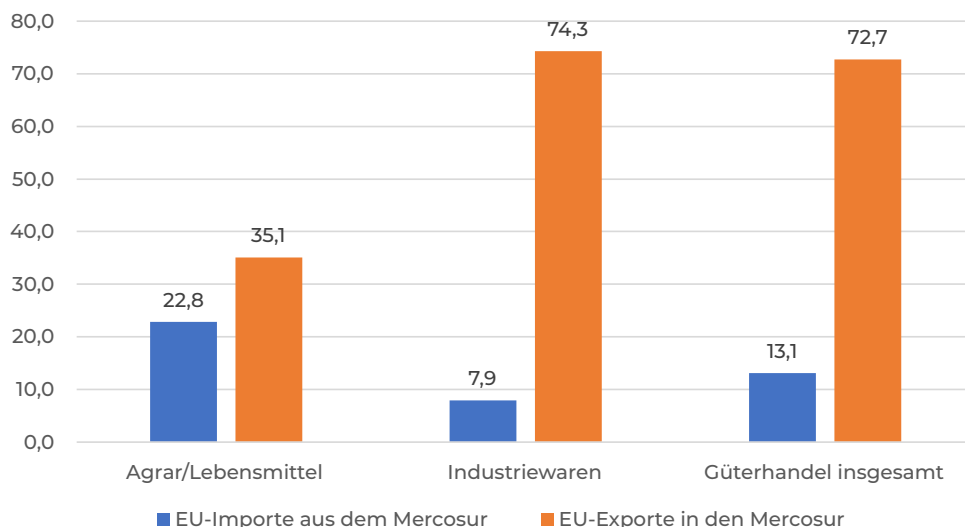
**Tabelle 1: Bisherige Industriezölle im Mercosur**

Produktgruppe	Bisherige Zollsätze
Automobile	35 Prozent
Autoteile	14 bis 18 Prozent
Maschinen	14 bis 20 Prozent
Chemikalien	Bis zu 18 Prozent
Pharmazeutika	Bis zu 14 Prozent
Textilien	Bis zu 35 Prozent
Bekleidung	Bis zu 35 Prozent
Lederschuhe	Bis zu 35 Prozent

Quelle: European Commission: Key elements of the EU-Mercosur trade agreement, Brüssel, 28.6.2019

### Grafik 15: EU-Mercosur: Mögliche Veränderung im bilateralen Handel

Szenario, in Prozent



Eigene Darstellung, Quelle: LSE Consulting 2020

Die EU wiederum beseitigt die Zölle auf 92 Prozent aller Produkte in einem Zeitraum von bis zu zwölf Jahren.

Die von der EU-Kommission beauftragte offizielle Folgenabschätzung des Abkommens enthält eine Abschätzung, welche Folgen der Zollabbau für den bilateralen Handel haben könnte.<sup>47</sup> Demnach könnte der EU-Export von Industriewaren in den Mercosur erheblich wachsen – um rund 74 Prozent –, der entsprechende Mercosur-Export in die EU jedoch nur um bescheidene acht Prozent (siehe Grafik 15). Selbst im Lebensmittelsektor, wo Mercosur-Firmen sich Erfolge erhoffen, bleibt ihr prognostiziertes Ausfuhrwachstum hinter dem der EU-Hersteller zurück, so die Folgenabschätzung. Folglich würden sich die ungleichen Austauschverhältnisse zwischen beiden Blöcken noch stärker zulasten des Mercosur verschieben.

Aufgrund des Konkurrenzdrucks durch EU-Anbieter prognostiziert die Folgenabschätzung für Argentinien und Brasilien eine schrumpfende inländische Produktion in wichtigen Sektoren wie dem Maschinenbau, der Metallindustrie, der Auto- und Zulieferindustrie.<sup>48</sup> Hier erwartet sie auch entsprechende Beschäftigungsverluste.<sup>49</sup>

Zu ganz ähnlichen Schlussfolgerungen kommt eine Studie des brasilianischen Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung IPEA. Demnach sei es wahrscheinlich, dass sich durch das Abkommen „die vorzeitige Deindustrialisierung

der brasilianischen Wirtschaft und die Spezialisierung auf Sektoren mit geringem Innovations- und Wissenspotenzial verstärken werden“. Negative Langzeitfolgen seien vor allem auf den Arbeitsmärkten der stärker industrialisierten Regionen des Landes zu erwarten.<sup>50</sup>

Auch argentinische Wissenschaftler\*innen gehen in einer Studie von negativen Beschäftigungseffekten des Abkommens aus. Sie berechneten die Zahl der Arbeitsplätze, die in verschiedenen Industriesektoren bei einem vollständigen Abbau der Einfuhrzölle in Argentinien gefährdet seien. Danach könnten insgesamt bis zu 186.000 Arbeitsplätze durch die Marktöffnung verloren gehen.<sup>51</sup>

Vor diesem Hintergrund lehnen die Gewerkschaften im Mercosur und in der Europäischen Union das EU-Mercosur-Abkommen ab. In einer gemeinsamen Stellungnahme vom November 2024 kritisieren der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und die Koordination der südamerikanischen Gewerkschaftsverbände (CCSCS) ihre Ablehnung des Abkommens in seiner jetzigen Form. Sie kritisieren „das Fehlen von Mechanismen zum Schutz der Arbeit\*innenrechte, ihrer Jobs, der produktiven Diversifizierung und der nachhaltigen Entwicklung“. Sie fordern bindende und sanktionsbewehrte Klauseln zur Durchsetzung der internationalen Arbeitsnormen und lehnen eine Aufspaltung des Abkommens ab, die zu einer beschleunigten Anwendung seines Handelsteils führt.<sup>52</sup>

## 7. Rückschritte: Umwelt- und Menschenrechtsklauseln weiter geschwächt

Nach dem Regierungswechsel in Brasilien, der im Januar 2023 zur Ablösung des rechts-extremen Präsidenten Bolsonaro durch den Sozialdemokraten Lula da Silva führte, sah die EU-Kommission eine erneute Chance, das EU-Mercosur-Abkommen zum Abschluss zu bringen. Nach positiven Signalen seitens Brasiliens begannen 2023 Nachverhandlungen des bereits 2019 vorgestellten Vertragsentwurfs, die im Dezember 2024 abgeschlossen wurden. Unter dem Druck einzelner EU-Mitgliedsstaaten und des Europaparlaments, die angesichts der hohen Entwaldungsraten unter Bolsonaro eine Nachschärfung des Vertrags gefordert hatten, entwarf die Kommission ein Zusatzinstrument zum Umwelt- und Waldschutz, das den Vertragstext unberührt ließ und dessen Nachhaltigkeitskapitel lediglich interpretierte.<sup>53</sup>

In ihrer Antwort auf das Zusatzinstrument vom September 2023 bekräftigten die Mercosur-Verhandler\*innen ihre Ablehnung jeglicher Sanktionen zur Durchsetzung von Nachhaltigkeitsverpflichtungen, die im Zusatzinstrument allerdings gar nicht vorgesehen waren. Sie forderten darüber hinaus die Aufnahme eines Ausgleichsmechanismus, der Kompensationen ermöglicht, wenn die den Mercosur-Exporteuren gewährten Handelspräferenzen durch EU-Gesetze zunichte gemacht werden.<sup>54</sup> Diese Forderung war eine direkte Reaktion auf die zwischenzeitlich unter dem Europäischen Green Deal auf den Weg gebrachten EU-Gesetze wie die Entwaldungsverordnung (EUDR) und der Kohlenstoffgrenzausgleich CBAM.

Die Mercosur-Staaten, und hier vor allem die Lula-Regierung, hatten diese Maßnahmen wiederholt kritisiert. So forderten der Landwirtschafts- und der Außenminister Brasiliens in einem Brief an die EU-Kommission die Verschiebung der Entwaldungsverordnung.<sup>55</sup> Das wiederum stieß auf Kritik in der brasilianischen Zivilgesellschaft. Das Netzwerk Observatório do Clima, dem 119 Umweltorganisationen, Forschungseinrichtungen und Bewegungen angehören, widersprach dem Ministerbrief und machte geltend, die Entwaldungsverordnung würde lediglich durchsetzen, wozu sich Brasilien längst verpflichtet habe. Auch lege sie brasilianischen Agrarbetrieben keine unerreichbaren Hürden in den Weg, da diese bereits über langjährige Erfahrungen mit Technologien zur Rückverfolgbarkeit ihrer Produkte verfügen.<sup>56</sup>

In dem Vertragstext, auf den sich beide Seiten im Dezember 2024 schließlich geeinigt haben, sind die Nachhaltigkeitsverpflichtungen gegenüber der Fassung von 2019 jedoch kaum gestärkt, sondern vielfach noch weiter geschwächt worden. Unverändert bleibt das Kapitel zu Handel und Nachhaltigkeit explizit vom zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus des Abkommens ausgenommen.<sup>57</sup> Verstöße gegen das Kapitel können daher nicht mit Handelssanktionen geahndet werden, so dass seine Durchsetzung nahezu unmöglich ist.<sup>58</sup> Das Kapitel erfüllt damit nicht die Anforderungen des Europäischen Parlaments, das im Oktober 2020 das EU-Mercosur-Abkommen in der bestehenden Form abgelehnt hatte<sup>59</sup> und sich im November 2020 für sanktionsbewehrte Nachhaltigkeitskapitel aussprach.<sup>60</sup> Im Nachhaltigkeitskapitel verpflichten sich die Parteien zur „effektiven Umsetzung“ der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und multilateraler Umweltabkommen sowie zum Artenschutz, zu nachhaltiger Forstwirtschaft und der Verbreitung internationaler Leitlinien der Unternehmensverantwortung.<sup>61</sup>

Zum Klimaabkommen von Paris schreibt die EU-Kommission in einem Factsheet, dieses werde zu einem wesentlichen Bestandteil („essential element“) des Handelsabkommens.<sup>62</sup> Im Unterschied zum Nachhaltigkeitskapitel wird diese Verpflichtung dadurch sanktionsbewehrt. Schwerwiegende Verstöße gegen das Pariser Abkommen könnten theoretisch zu einer teilweisen oder vollständigen Aussetzung von Handelspräferenzen führen. Dies allerdings ist wenig wahrscheinlich. Denn der entsprechende Artikel des Handelsabkommens ist sehr schwach formuliert und verpflichtet die EU- und die Mercosur-Staaten lediglich dazu, „in Treu und Glauben Vertragspartei der UN-Klimarahmenkonvention und des Pariser Abkommens zu bleiben“.<sup>63</sup> Aus dieser Formulierung lässt sich keine Verpflichtung zu stärkeren Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel ableiten, so wie es erforderlich wäre. Im Gegenteil: Reichen EU- oder Mercosur-Staaten ambitionslose Nationale Klimaschutzbeiträge unter dem Pariser Abkommen ein und verfehlen selbst diese, wäre das noch kein schwerwiegender Verstoß gegen diese schwache Klausel.

Auch verleiht die „essential-element“-Klausel dem Klimaschutz keinen Vorrang gegenüber



**Aktion zu den Umweltgefahren des Pestizideinsatzes in Brasilien.** Foto: Maí Yandara/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil

den übrigen Verpflichtungen des Handelsabkommens.<sup>64</sup> Würde die EU etwa aus Klimaschutzgründen Rindfleischimporte drosseln und der Mercosur dagegen ein Streitschlichtungsverfahren anstrengen, bestünde für die EU mangels einer entsprechenden Vorrangregel für den Klimaschutz ein hohes Risiko, das Verfahren zu verlieren.

Daneben ist derzeit noch unklar, wo diese Klausel überhaupt im Vertragswerk platziert wird. Diese Frage ist vor dem Hintergrund bedeutsam, dass die Europäische Kommission plant, den Handelsteil vom politischen Teil des EU-Mercosur-Abkommens zu trennen, so dass der Handelsteil bereits nach Zustimmung durch den Rat der EU und das Europaparlament in Kraft gesetzt werden könnte. Das gesamte Abkommen einschließlich des Handels- und des politischen Teils würde hingegen erst nach Abschluss der nationalen Ratifizierung in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten in Kraft treten können, was sich erfahrungsgemäß über viele Jahre hinziehen kann. Wird die „essential element“-Klausel, die sich auf das Pariser Abkommen bezieht, im politischen Teil verankert, würde sie womöglich über viele Jahre nicht in Kraft treten, während die Handelsregeln bereits gelten. Jurist\*innen der Universität Amsterdam kommen in einem Rechtsgutachten anhand verschiedener Indizien im Vertragstext zu dem Schluss, dass zum jetzigen Zeitpunkt offenbar beabsichtigt ist, die „essential element“-Klausel in den politischen Teil aufzunehmen.<sup>65</sup>

Dies betreffe womöglich auch die Menschenrechtsklausel, die die EU üblicherweise ebenfalls als wesentlichen Bestandteil in ihre Handelsabkommen integriert. Bei Menschenrechtsverstößen erlaubt auch sie grundsätzlich die Aussetzung von Handelspräferenzen. Doch sind die Hürden für ihre Aktivierung derart hoch, dass sie bisher nur selten angewandt wurde, meist bei schweren Verstößen gegen demokratische Grundsätze wie Staatsstriche.<sup>66</sup> Sollte die Menschenrechtsklausel bei einer Abspaltung und vorgezogenen Inkraftsetzung des Handelsteils im politischen Teil des Abkommens verbleiben, bliebe auch sie womöglich über viele Jahre nicht anwendbar. Scheitert die nationale Ratifizierung des gesamten Abkommens, träten die essential-elements-Klauseln zu Menschenrechten und Klimaschutz niemals in Kraft. Angesichts der massiven Angriffe auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Klimaschutz, die derzeit vor allem in Argentinien, Paraguay oder Ungarn zu beobachten sind, wäre dies unverantwortlich. Es wäre auch mit den EU-Verträgen unvereinbar, wonach die EU Menschenrechte auch in ihren auswärtigen Handelsbeziehungen achten und fördern muss.

Eine andere Vertragsklausel stellt eine deutliche Verschlechterung gegenüber der Einigung von 2019 dar. Der Ausgleichsmechanismus, den die Mercosur-Staaten während der Nachverhandlung gefordert hatten, hat nun Eingang in das Streitschlichtungskapitel des Abkommens gefunden – ein Novum gegenüber bisherigen



**Die Menschenrechte indigener Gemeinden sind besonders durch die Expansion der Agrarfront in den Mercosur-Ländern bedroht.**

Foto: Maí Yandara/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil

EU-Handelsabkommen. Danach darf eine Vertragspartei ein Streitschlichtungsverfahren bereits dann aktivieren, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Maßnahme der anderen Partei die ihr gewährten Vergünstigungen „*zunichtemacht oder substanziell schädigt*“ und dies zu einer Beeinträchtigung des bilateralen Handels führt.<sup>67</sup>

Was wichtig ist: Anders als der konventionelle zwischenstaatliche Streitschlichtungsmechanismus ist es für die Aktivierung des Ausgleichsmechanismus nicht erforderlich, dass die beklagte Regulierungsmaßnahme im Widerspruch zu den Verpflichtungen des Handelsabkommens steht. Wie das Rechtsgutachten der Universität Amsterdam betont, kann der Ausgleichsmechanismus angewendet werden, „*unabhängig davon, ob die Maßnahme unvereinbar mit dem Mercosur-Abkommen ist oder nicht*“.<sup>68</sup> Der Anwendungsbereich dieses neuen Verfahrens ist damit wesentlich breiter und die Hürde zu seiner Aktivierung wesentlich niedriger als beim konventionellen zwischenstaatlichen Streitschlichtungsmechanismus. Dieses Verhandlungsergebnis ist überaus ernüchternd: Hatten Regierungen und das Europäische Parlament eigentlich Sanktionsmöglichkeiten gegen Nachhaltigkeitsverstöße eingefordert, enthält das Abkommen nunmehr eine Sanktionsmöglichkeit gegen Nachhaltigkeitsregeln!

Die Maßnahmen, die zu Klagen unter dem Ausgleichsmechanismus berechtigen, sind dabei überaus breit gefasst und können Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsakte oder deren Unterlassung betreffen.<sup>69</sup> Aufgrund der breiten Anwendbarkeit können grundsätzlich

alle Regulierungen angegriffen werden, die die EU, ihre Mitgliedsstaaten oder auch die Mercosur-Länder zum Schutz der Umwelt, der Verbraucher\*innen, der Menschen- oder Arbeitsrechte ergreifen. Der Ausgleichsmechanismus ist insofern eine sehr weitreichende und äußerst bedrohliche juristische Waffe gegen jegliche fortschrittliche Regulierung in der EU und im Mercosur (siehe Box 7).

**„ Der Ausgleichsmechanismus ist eine sehr weitreichende und äußerst bedrohliche juristische Waffe gegen jegliche fortschrittliche Regulierung in der EU und im Mercosur. „**

Die EU-Kommission versucht derweil den Eindruck zu erwecken, der Ausgleichsmechanismus sei nur anwendbar auf künftige Gesetze oder Regulierungen, so dass Maßnahmen, die zwar schon beschlossen und in Kraft getreten sind, aber noch nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden, ausgenommen seien, etwa die Entwaldungsverordnung, die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), CBAM oder die Zwangsarbeitsverordnung. So behauptet sie etwa in ihrer Erläuterung des aktualisierten Abkommens: „*Der Ausgleichsmechanismus betrifft nur die Handelseffekte solcher Maßnahmen, die ein Beschwerdeführer nicht voraussehen konnte, als der Vertrag abgeschlossen wurde.*“<sup>70</sup> Ein Kommissionsvertreter blies ins gleiche Horn. Die Vertragsparteien könnten keine Kompensationen verlangen „*für Maßnahmen, die bereits in Kraft getreten sind, die bereits beschlossen wurden oder die voraussehbar sind*“.<sup>71</sup>

Doch diverse Jurist\*innen sind sich sicher, dass die Entwaldungsverordnung und andere Maßnahmen des Green Deals keineswegs vor dem Ausgleichsmechanismus geschützt seien und verweisen dazu auf die Definition von „*Maßnahmen*“, die in der Nachverhandlung neu in den Vertrag aufgenommen wurde. Dort heißt es in einer Fußnote explizit, dass der Begriff der ‚*Maßnahmen*‘ auch solche Gesetzesvorhaben „*und deren Umsetzungsakte*“ einschließt, „*die beim Abschluss der Verhandlungen dieses Abkommens noch nicht vollständig umgesetzt*“ waren.<sup>72</sup> Somit wäre die Entwaldungsverordnung, die zwar im Juni 2023 in Kraft getreten ist, deren Anwendung aber jüngst auf Ende 2025 verschoben wurde, unter dem Mercosur-Abkommen angreifbar. Hinzu kommt, dass auch ein wichtiger Umsetzungsakt – die Risikoklassifizierung der Importländer, von der die Häufigkeit und Intensität von Stichprobenuntersuchungen abhängt – bisher noch nicht offiziell veröffentlicht wurde.

Zwar muss die EU keine Gesetze verändern oder einkassieren, wenn sie ein Streitverfahren nach dem Ausgleichsmechanismus verlieren sollte, doch müsste sie, wie es im Abkommens-text heißt, „eine wechselseitig zufriedenstellende Anpassung“ vornehmen, einschließlich der Möglichkeit der „Kompensation“.<sup>73</sup> Bestandteil einer solchen Kompensationslösung könnte beispielsweise sein, die zollbegünstigten Quoten für emissionsintensive oder waldgefährdende Güter wie Rindfleisch oder Ethanol zu erhöhen.

Daneben kann eine Vertragspartei den Ausgleichsmechanismus auch dafür nutzen, bereits präventiv Druck auf die andere Vertragspartei auszuüben, um missliebige Gesetzesvorhaben zu beeinflussen oder zu verhindern. Aber auch ohne offenen Druck kann der Ausgleichsmechanismus eine abschreckende Wirkung auf die Gesetzgeber entfalten (der sog. Chilling Effect), so dass Regierungen auf wichtige handelsbezogene Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, des Klimas, der Menschen- oder Arbeitsrechte verzichten.

Weitere deutliche Abschwächungen der Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards gegenüber der Einigung von 2019 enthält der neue Anhang zum Nachhaltigkeitskapitel. Ein Abschnitt des Anhangs widmet sich spezifisch Nachhaltigkeitsmaßnahmen, die den Handel beeinträchtigen können. Dieser erlaubt eine direkte Einmischung von Mercosur-Behörden in die Arbeit von EU-Institutionen, die die Einhaltung von Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflichten gegenüber europäischen Importeuren kontrollieren. Bei der Überprüfung, ob derartige Verpflichtungen eingehalten wurden, müssen Institutionen der EU und der Mitgliedsstaaten laut dem Anhang die Informationen verwenden, die ihnen Mercosur-Behörden zur Verfügung stellen.<sup>74</sup>

Im Fall der Überprüfung von Waldschutzverpflichtungen müssen EU-Behörden daneben die Daten von Systemen der Rückverfolgbarkeit, Zertifizierung und Überwachung nutzen, die im Mercosur anerkannt wurden – unabhängig davon, ob diese Systeme auch in der EU als wirksam gelten oder zugelassen sind. Dieses ist ein erhebliches Risiko angesichts der Schwächen vieler privater Zertifizierungssysteme, die mitunter von Unternehmensverbänden initiiert wurden, um die Einhaltung von Waldschutz, Klimaschutz, Arbeits- und Menschenrechten nachzuweisen.<sup>75</sup> Mit diesen Bestimmungen des Nachhaltigkeitsanhangs gefährdet die EU grundsätzlich die Unabhängigkeit und Autonomie staatlicher Prüfinstanzen, die Sorgfaltspflichten entlang internationaler Lieferketten kontrollieren müssen.

Eine weitere Klausel des Nachhaltigkeitsanhangs greift direkt in den politischen Entscheidungsprozess zu einem Umsetzungsakt der Entwaldungsverordnung ein, nämlich die Risikoeinstufung der Länder, aus denen EU-Importeure waldgefährdende Produkte wie Holz, Rindfleisch, Soja, Palmöl, Kaffee, Kakao oder Kautschuk beziehen. Nach dieser Klausel erkennt die EU an, dass bei der Entscheidung über die Risikoklassifizierung das EU-Mercosur-Abkommen und seine Umsetzung „wohlwollend berücksichtigt“ werden.<sup>76</sup> Das heißt: Obgleich das Abkommen den Entwaldungsdruck deutlich erhöht, soll es dennoch als positives Kriterium in die Entscheidung über die Einstufung der Mercosur-Staaten einfließen. Genau dies scheint mittlerweile auch geschehen zu sein (siehe Box 8).

### Box 7:

## Ausgleichsmechanismus: Backlash gegen den Green Deal

Anders als die Europäische Kommission betrachten die Regierungen des Mercosur den Ausgleichsmechanismus als starkes Instrument gegen europäisches Umweltrecht mit extraterritorialer Wirkung. „Dieser Mechanismus“, so ein Factsheet der Regierung Uruguays, „erlaubt es dem Mercosur, die Folgen einzudämmen, die unilaterale EU-Maßnahmen (wie der Grüne Deal) auf die Exporte der Mercosur-Länder haben oder haben können.“ Es sei ein „Schutzinstrument für die Mercosur-Länder gegen die Anwendung von Umweltmaßnahmen seitens der EU“. Dieses verleihe dem Mercosur einen „neuen Vorteil gegenüber seinen Wettbewerbern“.<sup>77</sup> Anhand dieser Äußerungen könnte auch die Kommission erkennen, dass der Ausgleichsmechanismus weit weniger harmlos ist, als sie wahrhaben will. Allerdings ist die Kritik der Mercosur-Regierungen an den neuen handelsbezogenen Nachhaltigkeitsmaßnahmen der EU zumindest teilweise berechtigt. So fehlen bei diesen Instrumenten oftmals ausreichende Unterstützungsmaßnahmen für wirtschaftlich schwächere Länder wie die Mercosur-Staaten. Um kontraproduktive Gegenreaktionen zu vermeiden, sollte die EU diese Green-Deal-Maßnahmen daher um adäquate technische und finanzielle Unterstützungen ergänzen.

## Box 8:

### **Chilling Effect: Die absurde Risikoklassifikation unter der EUDR**

Die Nachrichten über einen jüngsten Beschluss zur Risikoklassifizierung unter der Entwaldungsverordnung lesen sich wie eine Bestätigung der Befürchtungen, die Jurist\*innen über die abschreckende Wirkung des Ausgleichsmechanismus geäußert haben.

In einer geheimen Abstimmung hat ein Ausschuss des Europäischen Rats Anfang Mai 2025 dem Vorschlag der Europäischen Kommission über die Risikoeinstufung von Ländern zugestimmt, aus denen potenziell waldgefährdende Produkte in die EU eingeführt werden. Die Einstufung umfasst drei Kategorien: Länder mit niedrigem, Standard- oder hohem Risiko. Bei lediglich vier Ländern unterstellt die EU ein „*hohes Risiko*“ der Einfuhr von Produkten, die ab dem Stichtag 30.12.2020 mit Entwaldung in Verbindung stehen können: Belarus, Myanmar, Nordkorea und Russland. Bei den Ländern aber, die über die größten tropischen Wälder verfügen und unter andauernden Rodungen leiden, wie Brasilien, die DR Kongo oder Indonesien, unterstellt sie lediglich ein Standardrisiko. EU-Staaten klassifizierte sie pauschal mit einem niedrigen Risiko.<sup>78</sup> Die Nichtregierungsorganisation Earthsight schätzt, dass aufgrund dieser verfehlten Klassifikation bei lediglich 0,07 Prozent der von der EUDR erfassten Importe ein hohes Entwaldungsrisiko angenommen wird.<sup>79</sup>

Argentinien und Paraguay bescheinigt die EU – wie auch Brasilien – ein Standardrisiko der Entwaldung. Für Uruguay nimmt die EU lediglich ein niedriges Entwaldungsrisiko an. Die Einstufung bestimmt u.a. über die Häufigkeit von Stichproben, die europäische Behörden bei Unternehmen durchführen, die waldgefährdende Produkte auf den EU-Markt bringen. Bei Importen aus Ländern mit hohem Risiko werden jährlich 9 Prozent der Unternehmen kontrolliert, bei Ländern mit Standardrisiko lediglich 3 Prozent und bei Ländern mit niedrigem Risiko nur 1 Prozent.

Für das Agrobusiness der Mercosur-Staaten mit hohen Entwaldungsraten ist es ein Erfolg, nicht in der höchsten Risikoklasse gelandet zu sein. Die Neuregelungen des EU-Mercosur-Abkommens – der Ausgleichsmechanismus und die Klausel zur Risikoklassifizierung – scheinen insofern schon jetzt Wirkung entfaltet zu haben. Dennoch protestieren die Regierungen Argentiniens und Brasiliens gegen die Einstufung. Brasilien sieht darin eine Diskriminierung von Ländern mit tropischer Landwirtschaft<sup>80</sup>, Argentinien verlangt eine Einstufung als Niedrigrisiko-Land. Die argentinische Regierung wirft der EU zudem vor, ihre Verpflichtungen aus dem Handelsabkommen nicht bei der Risikoklassifizierung unter der EUDR berücksichtigt zu haben.<sup>81</sup> Das heißt: Das Handelsabkommen – und damit die Möglichkeit, den Ausgleichsmechanismus zu aktivieren – setzt Argentinien schon jetzt als Druckmittel ein, um eine wirkungsvolle Umsetzung der EUDR zu torpedieren. Vor diesem Hintergrund ist nicht überraschend, dass auch andere walddreiche Länder, mit denen die EU ein Handelsabkommen abschließen will, den Ausgleichsmechanismus fordern, etwa Indonesien.<sup>82</sup> Mit der Zustimmung zu diesem Mechanismus hat die EU-Kommission ein Instrument geschaffen, mit dem Handelspartner wichtige Green Deal-Vorhaben effektiv unterminieren können.

## 8. Stresstest für die Demokratie: Das Ratifizierungsverfahren und seine Risiken

Das geplante Abkommen mit dem Mercosur ist der seit vielen Jahren umstrittenste Handelsvertrag der EU, der bereits massive Proteste auf Seiten der Zivilgesellschaft hervorgerufen hat. Über 400 Organisationen beiderseits des Atlantiks sprachen sich jüngst gegen den Abschluss des Abkommens aus, darunter Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Hilfswerke, indigene Netzwerke, Bäuer\*innenverbände und Verbraucherschutzorganisationen.<sup>83</sup> Bis heute sind die Verhandlungen durch mangelnde Transparenz und unzureichende Information der Öffentlichkeit geprägt, was auch die Europäische Bürgerbeauftragte kritisierte.<sup>84</sup> Mehrere nationale und regionale Parlamente in der EU haben mittlerweile Beschlüsse gegen das Abkommen gefasst, darunter die Parlamente Österreichs und der Niederlande, die belgischen Regionalparlamente Brüssels, der Wallonie und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Senat und die Nationalversammlung in Frankreich. Hinzu kommen kritische Stellungnahmen der Regierungen in Frankreich, Polen, Irland und Litauen.<sup>85</sup>

Angesichts dieser breiten Ablehnung in vielen Mitgliedsstaaten plant die EU-Kommission einen Verfahrenstrick, um das Abkommen in einem beschleunigten Verfahren und mit geringerer demokratischer Legitimation durchzusetzen. Durch die Herauslösung des Handelsteils aus dem Gesamtabkommen (sog. Splitting) wäre für den Handelsteil – dieser ist der umfassendste und für die Exportwirtschaft bedeutendste Teil – lediglich die Zustimmung des Rats der EU und des Europäischen Parlaments erforderlich. Die zusätzliche Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten nach ihren jeweiligen nationalen Verfahren würde hier entfallen (siehe Grafik 16). In Deutschland erfordert die nationale Mitratifizierung europäischer Handelsabkommen die Zustimmung durch den Bundestag und den Bundesrat.

Rechtlicher Hintergrund dieser unterschiedlichen Verfahren ist, dass der Handelsteil des Abkommens in die ausschließliche Zuständigkeit der EU fällt, der politische Teil aber in die geteilte Zuständigkeit der EU und der Mitgliedsstaaten. Internationale Verträge, die in die geteilte Zuständigkeit fallen, werden daher auch „gemischte Abkommen“ genannt. Verträge, die in die ausschließliche EU-Zuständigkeit fallen, gelten als „EU-only-Abkommen“.



**Das EU-Mercosur-Abkommen erhöht den Flächenbedarf für Agrarexporte und den Druck auf noch intakte Wälder. Brandrodung im Amazonasgebiet Brasiliens.**

Foto: Brasil2, iStock

31

Durch die Herauslösung des Handelsteils kann die EU-Kommission diesen folglich in ein EU-only-Abkommen verwandeln, das nach Zustimmung durch Rat und Parlament vorzeitig in Kraft gesetzt werden kann. Der gesamte Vertrag, der als gemischtes Abkommen sowohl den Handels- als auch den politischen Teil umfasst, könnte erst dann in Kraft gesetzt werden, wenn zusätzlich die nationale Ratifizierung in den Mitgliedsstaaten abgeschlossen ist. Dies aber, das zeigt die Erfahrung, kann viele Jahre dauern. Im Fall des EU-Abkommens mit Kolumbien und Peru etwa, dessen Handelsteil bereits 2013 vorläufig in Kraft gesetzt wurde, konnte die vollständige Ratifizierung erst im Dezember 2024 vollzogen werden, weil in mehreren EU-Mitgliedsstaaten die nationale Ratifizierung – aus gutem Grund – blockiert wurde. Denn das Abkommen mit Kolumbien und Peru war aufgrund der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in beiden Andenländern und seiner negativen Umweltfolgen ebenso umstritten wie heute das EU-Mercosur-Abkommen.<sup>86</sup>

Hinzu kommt ein weiterer Unterschied, der die Europäische Kommission zur Abspaltung des Handelsteils motiviert: EU-only-Abkommen brauchen für die Zustimmung im Rat der EU nur eine qualifizierte Mehrheit anstelle der

**Grafik 16: Das Splitting des Abkommens**



Quelle: Julie Zalcman: Das Splitting des EU-Mercosur-Abkommens – Ein undemokratischer Schachzug, Friends of the Earth Europe, März 2025: [https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/05/PowerShift\\_Splitting\\_EU\\_Mercosur\\_Abkommen.pdf](https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/05/PowerShift_Splitting_EU_Mercosur_Abkommen.pdf)

Einstimmigkeit. Das heißt: In diesem Fall entfällt die Veto-Möglichkeit durch einen einzelnen Mitgliedsstaat. Auf diese Weise lässt sich eine Zustimmung im Rat erreichen, auch wenn mehrere Regierungen das Abkommen ablehnen. Eine qualifizierte Mehrheit ist erreicht, wenn 55 Prozent der Mitgliedsstaaten (d.h. mindestens 15 von 27) zustimmen und diese mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren.<sup>87</sup>

Eine Aufspaltung indes könnte einen Verstoß gegen das Verhandlungsmandat bedeuten, das der Rat der EU der Kommission 1999 erteilt hatte, so ein Rechtsgutachten von Professor Markus Krajewski und Julian Werner.<sup>88</sup> Bei der Erteilung des Mandats mussten der Rat und die Vertreter\*innen der Mitgliedsstaaten davon ausgehen, dass das Abkommen in seiner Gesamtheit sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden würde. Eine Aufspaltung wäre daher „eine fundamentale Abweichung vom ursprünglichen Verhandlungsmandat“, so die Gutachter. Auch der Wechsel des Abstimmungsverfahrens im Rat verletze die Rechte jener Mitgliedsstaaten,

die bei der Zustimmung zum Verhandlungsmandat davon ausgegangen sind, dass das Abkommen nur einstimmig angenommen werden würde.

Nach derzeitigem Stand plant die Kommission, dem Rat und dem Europaparlament im Laufe des Sommers 2025 die Dokumente für den Abschluss des Abkommens zu übermitteln. Diese werden auch ihren Vorschlag für die Architektur des Abkommens, einschließlich des möglichen Splittings, enthalten. Diese Aufspaltung aber ist nicht nur rechtlich und demokratisch fragwürdig, sondern auch aus sozial-ökologischer und menschenrechtlicher Perspektive. Denn würde nur der Handelsteil vorläufig angewendet, blieben Verpflichtungen zum Dialog und zur Entwicklungszusammenarbeit, die im politischen Teil enthalten sind, auf unbestimmte Zeit auf der Strecke. Das zentrale Defizit des Abkommens, die überragende Dominanz der Handelsliberalisierung zulasten der überaus schwachen Nachhaltigkeitsregeln, würde dadurch noch verstärkt. Zudem ist bisher nicht klar, in welchem Teil die „essential-elements“-Klausel, die die Menschenrechte und das

Pariser Abkommen betrifft, platziert werden wird. Sollte die EU sie – wie von Jurist\*innen befürchtet – im politischen Teil verankern wollen, würde die Unausgewogenheit des Handelsteils zusätzlich verstärkt.

Angesichts der erheblichen sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Defizite des EU-Mercosur-Abkommens kann derzeit nur vor dessen Ratifizierung gewarnt werden. Das Abkommen kurbelt den Handel mit zahlreichen Gütern an, die umweltschädlich und unter Missachtung von Menschen- und Arbeitsrechten hergestellt wurden. Mehr noch: Die Vergrößerung dieser schädlichen Handelsströme – das zentrale Ziel des Abkommens – bedroht die überaus verwundbaren Ökosysteme der Mercosur-Staaten, seien es der Gran Chaco in Argentinien und Paraguay oder der Cerrado und Amazonien in Brasilien. Die grassierenden Landkonflikte werden nicht entschärft, sondern wahrscheinlich verstärkt. Und die Hoffnungen auf wirtschaftliche Entwicklung, lokale Wertschöpfung und qualifizierte Arbeit werden weiter enttäuscht. Denn das Abkommen privilegiert die Interessen europäischer Konzerne zulasten der Unternehmen im Mercosur. Selbst die Szenarien der offiziellen Folgenabschätzung der EU-Kommission prognostizieren für die EU-Hersteller weit größere Handelsgewinne als für die Unternehmen des Mercosur. Die Ungleichheit der Handelsbeziehungen zwischen einer produzierenden EU und einem rohstoffliefernden Mercosur droht das geplante Handelsabkommen noch zu verstärken.

Aus diesen Gründen bedarf es einer Neuverhandlung, die die Beseitigung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen EU und Mercosur und die Bewältigung der Umwelt- und sozialen Konflikte in den Partnerländern in den Mittelpunkt rückt. Faire Handelsbeziehungen brauchen Abkommen, die auf Kooperation, gegenseitige Unterstützung und die Bewältigung der Menschheitskrisen von Ungleichheit und Umweltzerstörung abzielen. Das EU-Mercosur-Abkommen würde in seiner jetzigen Form genau das Gegenteil bewirken.

# Endnoten

- 1 UE-Mercosur: Directives de négociations (1999): <https://www.bilaterals.org/?ue-mercotur-directives-de&lang=en>
- 2 Europäische Kommission: EU und Mercosur erzielen Einigung in Handelsfragen, Pressemitteilung, 28.6.2019: [https://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-19-3396\\_de.htm](https://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-3396_de.htm)
- 3 EEAS: EU-Mercosur Association Agreement: conclusion of negotiations on the Political Dialogue and Cooperation pillar, European External Action Service, 2.7.2020: [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/81950/eu-mercotur-association-agreement-conclusion-negotiations-political-dialogue-and-cooperation\\_en](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/81950/eu-mercotur-association-agreement-conclusion-negotiations-political-dialogue-and-cooperation_en)
- 4 Daniel Boffey: EU seeks Amazon protections pledge from Bolsonaro in push to ratify trade deal, The Guardian, 20.10.2020: <https://www.theguardian.com/world/2020/oct/20/eu-seeks-amazon-rainforest-protections-pledge-from-bolsonaro-in-push-to-ratify-trade-deal>; Pedro Rafael Villela: During Bolsonaro's 1st year in office, 113 indigenous people were murdered, Brasil de Fato, 30.9.2020: <https://www.brasildefato.com.br/2020/09/30/during-bolsonaro-s-1st-year-in-office-113-indigenous-people-were-murdered/>
- 5 European Commission: EU and Mercosur reach political agreement on groundbreaking partnership, Press Release, 6.12.2024: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_24\\_6244](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_6244)
- 6 <https://taz.de/Wirtschaftsweise-ueber-Mercosur-Abkommen/!5953154/>
- 7 <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/mercotur-abkommen-dringend-noetig-um-geoekonomisch-nicht-ins-hintertreffen-zu-geraten/>
- 8 <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/samina-sultan-wichtiges-zeichen-zur-richtigen-zeit.html>
- 9 Marina Zalazar: Relaciones comerciales Mercosur-Asia, Fundación ICBC 2024: [https://www.fundacionicbc.com.ar/foros\\_publicaciones.php?page=pub&idp=549&pub=2024](https://www.fundacionicbc.com.ar/foros_publicaciones.php?page=pub&idp=549&pub=2024)
- 10 Marielle Palau et al.: Con la soja al cuello 2024, BASE IS, Asunción: <https://www.baseis.org.py/publicaciones/con-la-soja-al-cuello-2024/>
- 11 Marielle Palau et al.: Con la soja al cuello 2021, BASE IS, Asunción: <https://www.baseis.org.py/wp-content/uploads/2021/11/Sojaalcuello2021-WEB.pdf>
- 12 Siehe Endnote 10
- 13 BASE IS: Hambre cero, sólo con agricultura campesina, 4.4.2023: <https://www.baseis.org.py/hambre-cero-solo-con-agricultura-campesina/>
- 14 European Commission: Beef Market Situation April 2025: [https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/37916a18-8d73-4aee-bd6d-3675b0f3ca0d\\_en?filename=factsheet-meat-eggs-market-situation\\_en.pdf](https://agriculture.ec.europa.eu/document/download/37916a18-8d73-4aee-bd6d-3675b0f3ca0d_en?filename=factsheet-meat-eggs-market-situation_en.pdf)
- 15 Stefan Ambec et al.: Rapport au Premier ministre: Dispositions et effets potentiels de la partie commerciale de l'Accord d'Association entre l'Union européenne et le Mercosur en matière de développement durable, 7.4.2020: <https://www.info.gouv.fr/rapport/11746-rapport-de-la-commission-d-evaluation-du-projet-d-accord-ue-mercotur>
- 16 Allerdings rechnet der Ambec-Bericht nicht die für die Rinder erforderlichen 3,6 Millionen Hektar Weidefläche der EU zu, sondern nur rund 700.000 Hektar. Den niedrigeren Wert begründet der Bericht damit, dass in die EU hauptsächlich die edleren Lendenteile der Rinder exportiert werden (vermarktet als Roastbeef oder Entrecôte), die nur 19,6 Prozent der verwertbaren Schlachtkörper ausmachen. Da die übrigen Teile in andere Länder wie China exportiert würden, könne der EU auch nur der geringere Flächenanteil angerechnet werden. Siehe Stefan Ambec et al. 2020, S. 125 f.
- 17 Epure: European renewable ethanol key figures 2017 und 2023: <https://www.epure.org/wp-content/uploads/2018/08/180905-def-data-epure-statistics-2017-designed-version.pdf> und <https://www.epure.org/wp-content/uploads/2024/09/240904-DEF-PR-Euro-pean-renewable-ethanol-Key-figures-2023-WEB.pdf>
- 18 UNICAdata: Histórico da área de cultivo: <https://unicadata.com.br/listagem.php?idMn=4>
- 19 Marco Follador et al.: Brazil's sugarcane embitters the EU-Mercosur trade talks, Scientific Reports 11, 2021: <https://www.nature.com/articles/s41598-021-93349-8>
- 20 European Commission: Factsheet: EU-Mercosur partnership agreement – Opening opportunities for European farmers, 2024: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement-factsheet-eu-mercotur-partnership-agreement-opening-opportunities-european-farmers\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement-factsheet-eu-mercotur-partnership-agreement-opening-opportunities-european-farmers_en)
- 21 Die polnische Plattform für nachhaltiges Rindfleisch schätzt den derzeitigen Mercosur-Anteil im Rindfleisch-Premiumsegment auf 15 Prozent. Siehe: Alfons Deter: Starke Konkurrenz: Vor allem Rind-Edelteile: Fleischverband erwartet heftige Folgen durch Mercosur, Top Agrar, 8.1.2025: <https://www.topagrar.com/markt/news/mercotur-importkontingente-fur-rindfleisch-betreffend-premium-teilstuecke-f-20010046.html>; Das französische Forschungsinstitut Institut d'Élevage schätzt diesen Anteil auf 13 Prozent im Zeitraum 2018-2021: Baptiste Buczinski et al.: The EU-Mercosur Free Trade Agreement, its impacts on agriculture, Institut d'Élevage, commissioned by the Greens/EFA-Group, Mai 2023: <https://extranet.greens-efa.eu/public/media/file/1/8401>
- 22 Baptiste Buczinski et al.: The EU-Mercosur Free Trade Agreement, its impacts on agriculture, Institut d'Élevage, commissioned by the Greens/EFA-Group, Mai 2023: <https://extranet.greens-efa.eu/public/media/file/1/8401>
- 23 Lis Cunha et al.: A toxic cocktail: The EU-Mercosur deal, Greenpeace Germany, April 2023: <https://www.greenpeace.de/publikationen/Report.%20A%20Toxic%20Cocktail.%20EU-Mercosur%20Deal.pdf>
- 24 MISEREOR: OECD-Beschwerde gegen Bayer AG, Pressemitteilung, 25.4.2024: <https://www.misereor.de/presse/pressemitteilungen/oecd-beschwerde-gegen-bayer-ag>
- 25 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Trade and sustainable development (Article 11): [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercotur/eu-mercotur-agreement/text-agreement_en)
- 26 Campanha Permanente Contra Os Agrotóxicos E Pela Vida: Painele de Dados: <https://contraosagrototoxicos.org/base-de-conhecimento/dados-sobre-agrototoxicos/>
- 27 <https://reporterbrasil.org.br/2022/12/14-mil-pessoas-foram-intoxicadas-por-agrototoxicos-durante-governo-bolsonaro/>
- 28 Gesche Jürgens/Jürgen Knirsch: Pestizide aus Deutschland in brasilianischem Obst, Greenpeace, Mai 2021: [https://www.greenpeace.de/publikationen/b01431\\_es\\_wald\\_mercotur\\_broschuere\\_pestizide\\_07\\_21.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/b01431_es_wald_mercotur_broschuere_pestizide_07_21.pdf)
- 29 Brasil de Fato: Agrotóxicos são usados como armas químicas em conflitos fundiários a atingiram mais de 17 mil famílias em 2024, aponta CPT, 24.4.2025: <https://www.brasildefato.com.br/2025/04/24/agrototoxicos-sao-usados-como-armas-quimicas-em-conflitos-fundiarios-e-atingiram-mais-de-17-mil-familias-em-2024-aponta-cpt/>
- 30 Lis Cunha et al.: A toxic cocktail: The EU-Mercosur deal, Greenpeace Germany, April 2023: <https://www.greenpeace.de/publikationen/Report.%20A%20Toxic%20Cocktail.%20EU-Mercosur%20Deal.pdf>

- 31 Eurostat 2025: EU trade since 1988 by HS2-4-6 and CN8, ds-045409\$defaultview
- 32 Siehe die Factsheets des SCRREEN-Projekts der Europäischen Kommission:
- 33 Eurostat: EU trade since 1988 by HS2-4-6 and CN8: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409\\_\\_custom\\_16671573/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409__custom_16671573/default/table?lang=en)
- 34 Eurostat: EU trade since 1988 by HS2-4-6 and CN8: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409\\_\\_custom\\_16671885/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409__custom_16671885/default/table?lang=en)
- 35 Siehe: Reuters: Argentina aims to boost lithium production by 75% in 2025, 8.4.2025: <https://www.mining.com/web/argentina-aims-to-boost-lithium-production-by-75-in-2025-sees-no-risk-from-trade-war/>, sowie: BNamericas: Data insights: Argentina lista para producir más de 450.000t de litio para 2030, 20.3.2025: <https://www.bnamericas.com/es/reportajes/data-insights-argentina-lista-para-producir-mas-de-450000t-de-litio-para-2030>
- 36 Eurostat: EU trade since 1988 by HS2-4-6 and CN8: [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409\\_\\_custom\\_16672090/default/table?lang=en](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ds-045409__custom_16672090/default/table?lang=en)
- 37 European Commission: EU-Mercosur Partnership Agreement – Enhancing Trade and Investment in Critical Raw Materials, 2024: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs\\_24\\_6270](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_24_6270)
- 38 Maristella Svampa/Audrey Changeo: Mileinomics: Fossil fuel expansion, climate denialism and the betrayal of human rights in Milei: Argentina, CAN Europe/Latin America, 2024: [https://caneurope.org/content/uploads/2024/11/CAN-Europe\\_Milei\\_EU-Mercosur-Nov2024.pdf](https://caneurope.org/content/uploads/2024/11/CAN-Europe_Milei_EU-Mercosur-Nov2024.pdf)
- 39 Kai Schächtele: Lithium-Abbau: Druck auf indigene Gemeinden steigt. Interview mit Teresa Hoffmann, Brot für die Welt, 11.12.2023: <https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/lithiumabbau-druck-auf-indigene-gemeinden-steigt/>
- 40 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Trade in goods (Article 8): [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 41 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Annex on export duties: Brazil: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 42 Marcela Villar: Maranhão overturns injunctions blocking tax on grain exports, Valor, 11.4.2025: <https://valorinternational.globo.com/law/news/2025/04/11/maranhao-overturns-injunctions-blocking-tax-on-grain-exports.ghtml>
- 43 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Annex on export duties: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 44 Florencia Barragan: Retenciones: minería y petróleo tendrán las alícuotas más bajas de la economía, Ámbito, 22.1.2024: <https://www.ambito.com/retenciones-mineria-y-petroleo-tendran-las-alicuotas-mas-bajas-la-economia-n5927478>
- 45 Centro de Economía Internacional: La minería de litio en la Argentina. Diagnóstico actual y perspectivas futuras, 2024: [https://cancilleria.gob.ar/userfiles/ut/2024-10\\_la\\_mineria\\_de\\_litio\\_en\\_la\\_argentina\\_bilingue\\_0.pdf](https://cancilleria.gob.ar/userfiles/ut/2024-10_la_mineria_de_litio_en_la_argentina_bilingue_0.pdf)
- 46 Pablo Dias et al.: Electronic Waste in Brazil: Generation, collection, recycling and the covid pandemic, in: Cleaner Waste Systems, 3/2022: <https://doi.org/10.1016/j.clwas.2022.100022>; Gonzalo J. Zanotti: Empresa argentina exportará residuos de plaquetas a Bélgica, ámbito, 24.4.2019: <https://www.ambito.com/negocios/empresas/empresa-argentina-exportara-residuos-plaquetas-belgica-n5027873>
- 47 LSE Consulting: Sustainability Impact Assessment in Support of the Association Agreement Negotiations between the European Union and Mercosur, Final Report, December 2020: <https://www.lse.ac.uk/business/consulting/reports/sia-in-support-of-the-association-agreement-negotiations-between-the-eu-and-mercosur>
- 48 Ebd., Table 7, Seite 31
- 49 Ebd., Seite 56
- 50 Thiago Sevilhano Martinez: Acordo Mercosul-União Europeia e mudança estrutural: Considerações a partir de modelos de equilíbrio geral, IPEA, Carta de Conjuntura, Nr. 59, Nota de Conjuntura 32, 2. Trimestre 2023: <https://www.ipea.gov.br/cartadeconjuntura/index.php/2023/07/acordo-mercosul-uniao-europeia-e-mudanca-estrutural-consideracoes-a-partir-de-modelos-de-equilibrio-geral-2/>
- 51 SUTERH: Acuerdo con Union Europea pone en riesgo 186.000 puestos de trabajo: <https://suterh.org.ar/acuerdo-con-union-europea-pone-en-riesgo-186-000-puestos-de-trabajo/>
- 52 ETUC: Statement by the ETUC and the CCSCS regarding the possible conclusion of negotiations on the EU-Mercosur Association Agreement, 7.11.2024: <https://www.etuc.org/en/document/statement-etuc-and-ccscs-regarding-possible-conclusion-negotiations-eu-mercosur>
- 53 European Commission: EU proposal for a joint instrument, März 2023: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/documents\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/documents_en); für eine rechtliche Bewertung siehe: Sophia Paulini: Legal analysis of the leaked EU-Mercosur Joint Instrument, June 2023: <https://friendsoftheearth.eu/wp-content/uploads/2023/06/FoEE-Legal-Analysis-of-the-leaked-EU-Mercosur-Joint-Instrument.pdf>
- 54 Bilaterals: EU-Mercosur FTA: Mercosur's response to the EU joint instrument, September 2023: <https://www.bilaterals.org/?eu-mercosur-fta-mercosur-s&lang=en>
- 55 Valor: Brazil urges Europe to delay implementation of anti-deforestation law, 13.9.2024: <https://valorinternational.globo.com/environment/news/2024/09/13/brazil-urges-europe-to-delay-implementation-of-anti-deforestation-law.ghtml>
- 56 Observatório do Clima: Ministers undermine Brazil's climate leadership by pushing for EUDR delay, 17.9.2024: <https://www.oc.eco.br/wp-content/uploads/2024/09/Ministers-undermine-Brazils-climate-leadership-by-pushing-for-EUDR-delay.pdf>
- 57 Siehe: European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Trade and sustainable development, Article 15.5: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 58 Rhea Tamara Hoffmann/Markus Krajewski: Rechtsgutachten und Vorschläge für eine mögliche Verbesserung oder Neuverhandlung des Entwurfs des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens, MISEREOR/Greenpeace/CIDSE 2021: [https://www.misereor.de/fileadmin/user\\_upload/Infothek/Rechtsgutachten-EU-Mercosur-DE.pdf](https://www.misereor.de/fileadmin/user_upload/Infothek/Rechtsgutachten-EU-Mercosur-DE.pdf)
- 59 European Parliament resolution of 7 October 2020 on the implementation of the common commercial policy – annual report 2018: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0252\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0252_EN.html)
- 60 European Parliament resolution of 26 November 2020 on the EU Trade Policy Review: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0337\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0337_EN.html)
- 61 Ebd.
- 62 European Commission: Factsheet: Trade and Sustainable Development, 6.12.2024: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs\\_24\\_6268](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_24_6268)

- 63 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Paris agreement as an essential element, Climate Change, Article XX.2 und 3: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 64 Christina Eckes/Pjotr Krajewski: How Sustainable is the EU-Mercosur Agreement?, Legal Analysis, 17.4.2025: <https://caneurope.org/legal-analysis-eu-mercosur-agreement/>
- 65 Christina Eckes/Pjotr Krajewski: How Sustainable is the EU-Mercosur Agreement?, Legal Analysis, 17.4.2025: <https://caneurope.org/legal-analysis-eu-mercosur-agreement/>
- 66 Peter Van Elsuwege/Joyce. De Coninck: The Effectiveness of Human Rights Clauses in EU Trade Agreements: Challenges and Opportunities', Policy report, Ghent European Law, Institute (GELI), 2022: <https://extranet.greens-efa.eu/public/media/file/1/8663>
- 67 Siehe: European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Dispute Settlement, Article XX.4(b): [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 68 Michael Rice: The Mercosur trade deal risks derailing the EU's plan to protect the world's forests, Client Earth, 20.12.2024: <https://www.clientearth.org/latest/news/the-mercosur-trade-deal-risks-derailing-the-eu-plan-to-protect-the-worlds-forests/>
- 69 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Definition of measures: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 70 European Commission: The upgraded EU Mercosur agreement – what is new compared to the 2019 agreement, 10.12.2024: <https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbd0e/library/86fb1930-16ed-4ac6-af25-5e0ad0d0c816/details?download=true>
- 71 Louise Guillot, Camille Gijs: Mercosur deal risks weakening EU anti-deforestation rules, Politico, 20.12.2024: <https://www.politico.eu/article/mercosur-trade-deal-eu-anti-deforestation-regulation-environment-agriculture/>
- 72 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Definition of measures: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 73 Ebd.
- 74 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Annex to trade and development chapter, Randnummern 55-56: [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 75 Claudia Müller-Hoff: Menschenrechtsfitness von Audits und Zertifizierern?, ECCHR/Brot für die Welt/MISEREOR, 2021: [https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Menschenrechte\\_und\\_Audits.pdf](https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Menschenrechte_und_Audits.pdf)
- 76 European Commission: EU-Mercosur text of the agreement – Annex to trade and development chapter, Randnummer 56(a): [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/mercosur/eu-mercosur-agreement/text-agreement_en)
- 77 Ministerio de Relaciones Exteriores: Acuerdo Mercosur-Unión Europea, Montevideo, 6.12.2024: [https://www.gub.uy/ministerio-relaciones-exteriores/sites/ministerio-relaciones-exteriores/files/2024-12/Sintesis%20del%20Acuerdo%20Mercosur%20-%20Uni%C3%B3n%20Europea\\_.pdf](https://www.gub.uy/ministerio-relaciones-exteriores/sites/ministerio-relaciones-exteriores/files/2024-12/Sintesis%20del%20Acuerdo%20Mercosur%20-%20Uni%C3%B3n%20Europea_.pdf)
- 78 Katharina Schuster: EUDR: Risikobewertung und Vereinfachung sorgen für Kritik, DNR, 16.5.2025: <https://www.dnr.de/aktuelles-terme/aktuelles/eudr-risikobewertung-und-vereinfachung-sorgen-fuer-kritik>
- 79 Earthsight: Only 0.07% of imports „high risk“ under EUDR, Press release, 14.5.2025: <https://www.earthsight.org.uk/news/EUDR-benchmarking>
- 80 [https://www.gov.br/mre/pt-br/canais\\_atendimento/imprensa/notas-a-imprensa/classificacao-de-risco-atribuida-ao-brasil-no-ambito-da-lei-de-desmatamento-europeia](https://www.gov.br/mre/pt-br/canais_atendimento/imprensa/notas-a-imprensa/classificacao-de-risco-atribuida-ao-brasil-no-ambito-da-lei-de-desmatamento-europeia)
- 81 <https://www.argentina.gob.ar/noticias/reclamo-la-ue-por-calificacion-de-la-argentina-bajo-normativa-unilateral-europea-sobre>
- 82 Pierre-Jean Sol Brasier: EUDR: from ‚irritant‘ to bargaining chip in free trade negotiations, Fern, 6.2.2025: <https://www.fern.org/publications-insight/eudr-from-irritant-to-bargaining-chip-in-free-trade-negotiations/>
- 83 PowerShift: 400 Organisationen und Bündnisse fordern Stopp des EU-Mercosur-Abkommens, 28.11.2024: <https://power-shift.de/400-organisationen-und-buendnisse-fordern-stopp-des-eu-mercosur-abkommens/>
- 84 Emily O'Reilly: How the European Commission dealt with a request for public access to the draft EU-Mercosur additional instrument, 12.9.2023: <https://www.ombudsman.europa.eu/en/opening-summary/en/175060>
- 85 Julie Zalczman: Das Splitting des EU-Mercosur-Abkommens – Ein undemokratischer Schachzug, Friends of the Earth Europe, März 2025: [https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/05/PowerShift\\_Splitting\\_EU\\_Mercosur\\_Abkommen.pdf](https://power-shift.de/wp-content/uploads/2025/05/PowerShift_Splitting_EU_Mercosur_Abkommen.pdf)
- 86 Siehe dazu: Alessa Hartmann/Thomas Fritz: The Climate Impact of the EU Trade Agreement with Colombia, Peru and Ecuador, PowerShift, March 2025: <https://power-shift.de/klimaauswirkungen-eu-handelsabkommen-kolumbien-peru-ecuador/>
- 87 Zum Entscheidungsverfahren im Rat siehe: <https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/voting-system/qualified-majority/>
- 88 Markus Krajewski/Julian Werner: Gutachterliche Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit dem Verhandlungsmandat der EU-Kommission für das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen, im Auftrag von Greenpeace, Mai 2023: [https://www.greenpeace.de/sites/default/files/publications/Rechtsgutachten\\_Splitting\\_EU-Mercosur\\_Greenpeace.pdf](https://www.greenpeace.de/sites/default/files/publications/Rechtsgutachten_Splitting_EU-Mercosur_Greenpeace.pdf)

# Bildnachweise

---

Cover:

<https://pixabay.com/photos/wildfire-bushfire-flames-fire-7085630/>, Foto: photo-graphe, Pixabay, [Pixabay Content License](#)

Seite 3:

<https://www.flickr.com/photos/amigasdaterra-br/53151879083/in/album-72177720310844514>

Foto: Carolina Colorio, flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil, [CC BY-NC 2.0](#)

Seite 8:

<https://www.flickr.com/photos/amigasdaterra-br/54384312695/in/album-72177720324388420>,

Foto: Maí Yandara, flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil, [CC BY-NC 2.0](#)

Seite 15:

<https://www.istockphoto.com/de/foto/entwaldung-gml1252263052-365480328>, Foto: richcarey, iStock

Seite 17:

<https://pixabay.com/photos/herbicide-farmer-in-rice-field-587589/>, Foto: wuzefe, Pixabay, [Pixabay Content License](#)

Seite 22:

<https://unsplash.com/de/fotos/ein-grosser-tagebau-mit-einem-grossen-gewasser-MZz2sqSdKqK>

Foto: Hector Brasil, Unsplash, [Unsplash Lizenz](#)

Seite 23:

<https://unsplash.com/de/fotos/ein-haufen-verschiedener-elektronischer-komponenten-die-ubereinander-sitzen-C09BIFdUAGU>, Foto: Nathan Cima, Unsplash, [Unsplash Lizenz](#)

Seite 24:

<https://pixabay.com/photos/worker-grinder-factory-work-place-5736096/>, Foto: jannonivergall, Pixabay, [Pixabay Content License](#)

Seite 27:

<https://www.flickr.com/photos/amigasdaterra-br/54178784049/in/album-72177720322305806>,

Foto: Maí Yandara/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil, [CC BY-NC 2.0](#)

Seite 28:

<https://www.flickr.com/photos/amigasdaterra-br/54453230623/in/album-72177720325108843>,

Foto: Maí Yandara/flickr, ATBr, Amigas da Terra Brasil, [CC BY-NC 2.0](#)

Seite 31:

<https://www.istockphoto.com/de/foto/entwaldung-gml172166662-2776073>, Foto: Brasil2, iStock

Grafik 6 (Seite 11):

Expansion des Sojaanbaus im Mercosur 2001-2023

Quelle: Global Land Analysis and Discovery (GLAD), Interactive Map.

<https://glad.umd.edu/projects/commodity-crop-mapping-and-monitoring-south-america>

Grafik 8 (Seite 13):

Soja-bedingte Entwaldung in Brasilien, 1000 ha

Quelle: Trase 2025, Interactive Map on Deforestation.

[https://trase.earth/explore/spatial-data/map?country=-brazil&node\\_type\\_slug=municipality&indicatorName=SOY\\_DEFORESTATION\\_5\\_YEAR\\_TOTAL&indicatorYear=2023](https://trase.earth/explore/spatial-data/map?country=-brazil&node_type_slug=municipality&indicatorName=SOY_DEFORESTATION_5_YEAR_TOTAL&indicatorYear=2023)

Grafik 9 (Seite 14):

Entwaldung für Weiden in Brasilien, 1000 Hektar

Quelle: Trase 2025, Interactive Map on Deforestation.

[https://trase.earth/explore/spatial-data/map?country=-brazil&node\\_type\\_slug=municipality&indicatorName=PASTURE\\_DEFORESTATION\\_5\\_YEAR\\_TOTAL&indicatorYear=2020](https://trase.earth/explore/spatial-data/map?country=-brazil&node_type_slug=municipality&indicatorName=PASTURE_DEFORESTATION_5_YEAR_TOTAL&indicatorYear=2020)



**Brot**  
für die Welt

**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

**PowerShift**  
KLIMA · SOZIAL · GERECHT